

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 37

vom 14. September 2012
Redaktion: Katja Richardt

Gesundheit und Verbraucherschutz

Besserer Schutz vor Passivrauchen in der Gastronomie	3
8. Verbraucherschutzministerkonferenz.....	5

Schule, Jugend und Berufsbildung

Zwei Milliarden Euro für den Schulbau	10
Neue Brückenbauer für unsere Gesellschaft	14
„Wassereinbruch“ in der Stadteilschule Winterhude	18
47 Hamburger Schulen erhalten den Titel „Umweltschule in Europa / Internationale Agenda-21 Schule 2012“	19

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Mitte Altona: Einigung über Entwicklung von Flächen für den Wohnungsbau	31
-------------------------------------------------------------------------------	----

Umwelt und Energie

Müllverwertung Borsigstraße: Mehr Fernwärme für Hamburg.....	33
--------------------------------------------------------------	----

Justiz und Gleichstellung

Hamburg reformiert Juristenausbildung	35
Mehr Frauen in die Spitzenfunktionen der hamburgischen Verwaltung.....	36

Wirtschaft und Hafen

Experten aus dem In- und Ausland beraten bei Hafensicherheitskongress in Hamburg	38
Masterplan Handwerk.....	41

Kultur

Gestohlene Plastik zurück an der Alster	44
Ausgezeichnete Kinder- und Jugendkultur aus Hamburg	45
Unterschutzstellung für Gebäude der ehemaligen GEG auf der Peute	46

Internationale Gartenschau

„Wir liegen im Plan, sind gut gerüstet“	47
Chinesische Delegation besucht igs 2013	53

11. September 2012/bgv11

Besserer Schutz vor Passivrauchen in der Gastronomie Senat beschließt Auflagen für die Einrichtung von Raucherräumen

In Hamburg gelten in Kürze hohe Auflagen für Raucherräume in Gaststätten, um die Gäste wirksam vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen. Nachdem die Hamburger Bürgerschaft im Juni über die Neuregelung des Passivraucherschutzes zum 1. September 2012 entschieden hat, wurde heute vom Senat die Hamburgische Passivraucherschutzverordnung (HmbPSchV) beschlossen. Diese regelt die technischen Anforderungen an Raucherräume und deren Belüftung. Mit der Veröffentlichung im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt tritt die Verordnung in Kraft.

„Wir wollen die Bevölkerung in öffentlich zugänglichen Räumen wirksam vor dem Passivrauchen und seinen gesundheitsgefährdenden Folgen schützen“ so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Außerhalb der Gastronomie gilt deshalb ein absolutes Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen. Aber auch für die Belüftung und Ausgestaltung von Raucherräumen in Gaststätten gibt es jetzt hohe und klare Anforderungen. Ich gehe davon aus, dass die Neuregelung zu einem deutlichen Rückgang und nicht zu einer Ausweitung des Rauchens in öffentlichen Einrichtungen führt.“

Nach der Neuregelung gilt in allen öffentlichen Gebäuden ein absolutes Rauchverbot. Raucherräume sind nur in Gaststätten mit mehr als 75 Quadratmetern zugelassen. Diese Räume müssen aber baulich und technisch so abgeschlossen sein, dass kein Rauch in Nichtraucherbereiche dringen kann. Die Wirksamkeit der raumluftechnischen Anlage ist spätestens drei Monate nach Inbetriebnahme durch einen Sachkundigen zu zertifizieren.

Im Detail:

- Raucherräume müssen über selbständig schließende Türen verfügen, dürfen nicht als Durchgang in andere Räume dienen und müssen mit einer raumluftechnischen Anlage ausgestattet sein.
- Die Wirksamkeit der der lüftungstechnischen Anlage muss nachgewiesen werden.
- Die Anlage muss regelmäßig gewartet werden und über eine selbstständige Warnfunktion bei Störung bzw. Ausfall verfügen.

In kleinen Gaststätten, den so genannten Eckkneipen, kann wie bisher geraucht werden, wenn keine zubereiteten Speisen angeboten werden und Personen unter 18 Jahren der Zutritt verwehrt ist. Die Neuregelung war notwendig, da die bisherigen Regelungen in Hamburg vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurden.

Die Verordnung für die Einrichtung von Raucherräumen in der Gastronomie steht in Kürze auch unter <http://www.hamburg.de/nichtraucherschutz> zum Download zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

14. September 2012/bgv14

8. Verbraucherschutzministerkonferenz

Ministertreffen unter Hamburger Vorsitz mit zahlreichen Beschlüssen zum gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutz

Vom 12. bis 14. September 2012 fand in Hamburg die 8. Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) statt. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Verbraucherschutz der Länder und Bundesministerin Ilse Aigner haben dabei unter dem Vorsitz von Hamburgs Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks über Themen des gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes beraten. Die Beschlüsse reichen von grundlegenden Verbesserungen in der Organisation der Lebensmittelüberwachung mit Regelungen für die Hygieneampel über die Stärkung der Verbraucherrechte bei Geldanlagen bis zur Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Nutztierhaltung. Weiteres Thema der Beratungen war auch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Krisenfällen. Damit werden auch Konsequenzen aus der EHEC-Epidemie und dem Dioxin-Skandal 2011 gezogen.

„Wir haben im gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutz deutliche Schritte nach vorne gemacht, die sich ganz direkt für Verbraucherinnen und Verbraucher auswirken werden“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. „In einigen Punkten hätten sich viele Länder mehr gewünscht, beispielsweise klare Signale hinsichtlich der gesetzlichen Begrenzung für Dispozinsen und zur Finanzierung der Verbraucherarbeit. Bei der Hygieneampel erwarte ich, dass der Bund entsprechend dem Wunsch der Länder die gesetzliche Regelung für ein bundeseinheitliches System einer Transparentmachung der Kontrollergebnisse der Lebensmittelüberwachung schafft.“

„Uns eint das gemeinsame Ziel, den gesundheitlichen Verbraucherschutz möglichst effektiv zu organisieren. Auf der Verbraucherschutzministerkonferenz haben sich Bund und Länder auf konkrete Maßnahmen verständigt, um das System der Lebensmittelüberwachung in Deutschland weiter zu verbessern. Ziel ist es, bei Lebensmittelkrisen künftig noch schneller handeln und die Aufklärung der Fälle deutlich beschleunigen zu können. Damit werden auch zahlreiche Anregungen des Bundesrechnungshofes aufgegriffen und vorgeschlagene Neuerungen auf den Weg gebracht“, sagte **Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner** nach Abschluss der Konferenz. „Wenn es um die Sicherheit und den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher geht, dürfen wir niemals stehenbleiben, sondern müssen die Standards und Instrumente immer wieder auf den Prüfstand stellen und wo nötig verbessern, um mögliche Risiken so weit wie möglich minimieren zu können. Hier

ziehen die Bundesregierung und die für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Länder an einem Strang.“

Noch keinen Durchbruch, aber ebenfalls Bewegung sieht **Hessens Umweltministerin Lucia Puttrich** bei der Diskussion um eine Hygieneampel. "Nur ein einheitliches System, das alle Länder nutzen, die ein Kontrollsystem einführen, hilft dem Verbraucher", so **Puttrich**. Der Bund habe zugesagt, zu prüfen, wie man ein einheitliches Zeichen für die Bekanntgabe der Ergebnisse für alle Länder verbindlich regeln kann. „Ich erwarte, dass diese Prüfung lösungsorientiert erfolgt“, so **Puttrich** in Hamburg. Damit die Verbraucher profitieren und die Lebensmittelunternehmer die Chance dieses Systems nutzen können, sei ein bundeseinheitliches Symbol unumgänglich.

Auch die Energiewende war auf der Verbraucherschutzministerkonferenz ein Thema. „Wir haben uns umfassend mit der Thematik der Energiearmut befasst. Es ist für immer mehr Menschen ein Problem ihre Strom- und Wärmerechnungen zu bezahlen“, so **Jochen Hartloff, Minister für Justiz und Verbraucherschutz (Rheinland-Pfalz)**. „Es kann nicht sein, dass Schwangere, chronische kranke Menschen und Familien mit Kindern keine Möglichkeit haben, sich eine warme Mahlzeit zuzubereiten. Wir setzen bei einem frühzeitigen und schnellen Austausch zwischen den Energieunternehmen und den Sozialbehörden an, damit Stromsperren in sozialen Härtefällen vermieden werden können. Hierfür wollen wir Initiativen ergreifen.“

Auf der Tagesordnung der VSMK standen insgesamt 45 Tagesordnungspunkte. Einige der wesentlichen Beschlüsse in der Übersicht:

Bundeseinheitliches Modell zur Transparentmachung der Kontrollergebnisse von Lebensmitteln

Auf der VSMK einigten sich die Länder darauf, dass der Bund zeitnah die entsprechenden Rechtsgrundlagen im Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) für die Einführung einer „Hygieneampel“ schafft. Inwiefern der Bund auf Grundlage eines Gesetzes Vorgaben für die einheitliche Gestaltung der Aushänge, z.B. in Form eines Kontrollbarometers mit Farbskala von grün bis rot, machen kann, wird seitens des BMELV geprüft. Einig waren sich Bund und Länder darüber, dass der Aushang der Kontrollergebnisse für die Unternehmen freiwillig sein soll, aber das Gesetz eine Ermächtigungsgrundlage enthalten soll, mit denen die Länder das System verpflichtend machen können. Nach drei Jahren soll dann eine Evaluierung und ggf. Optimierung des Systems stattfinden. Anschließend wird darüber entschieden, ob das Transparenzsystem bundesrechtlich verpflichtend wird.

Neue Bund-Länder-Vereinbarung zum Krisenmanagement

In der EHEC-Krise haben sie sich bewährt, nun sollen sie zum Standard werden: Im Falle einer Ländergrenzen überschreitenden Krise im Bereich Lebensmittelsicherheit soll künftig ein Krisenrat der Staatssekretäre von Bund und Ländern das Krisenmanagement und die Krisenkommunikation koordinieren. Außerdem kann eine Task Force „Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit“ eingesetzt werden, deren zentrale Aufgabe die Aufklärung der Ursachen der jeweiligen Krisensituation ist. Eine solche Task Force war während der EHEC-Epidemie 2011 erstmals ins Leben gerufen worden. In dieser „Sonderkommission“ arbeiteten Spezialisten von Bundes- und Landesbehörden erfolgreich zusammen, um die komplexen Lieferströme anhand von Einzeldaten zurückzuverfolgen und schließlich die Ursache für die Infektionskette aufzuklären. Die Task Force wird mit der Bund-Länder-Vereinbarung fester Bestandteil des Krisenmanagements und wird im Krisenfall im Krisen- und Lagezentrum des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in Berlin arbeiten.

Minimierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung

Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier soll der Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung bis 2015 deutlich reduziert werden. Deshalb bittet die VSMK das BMELV, den Entwurf des 16. Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes entsprechend zu überarbeiten und insbesondere eine zentrale bundeseinheitliche Datenbank einzuführen. Dadurch wird zum einen das Verfahren von der Meldung bis zur Verarbeitung beschleunigt. Zum anderen erhalten die Überwachungsbehörden durch diese Datenbank jederzeit Zugriff auf relevante Daten und können auf Fehlentwicklungen umgehend reagieren.

Begrenzung von Überziehungszinsen

Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren nicht von dem historisch niedrigen Zinssatz, zu dem Banken zurzeit selbst Geld aufnehmen können, müssen vielfach unverhältnismäßig hohe Dispozinsen zahlen. Das bestätigt eine Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen im Auftrag BMELV. Die VSMK spricht sich daher für eine wirksame Begrenzung der Zinsen für Dispo- bzw. Überziehungszinsen aus. Die A-Länder fordern sogar eine gesetzliche Regelung, diese Forderung wurde aber nicht von den B-Ländern mitgetragen.

Stärkung der Verbraucherrechte bei Finanzprodukten

Wesentliches Thema der VSMK war insgesamt eine größere Transparenz bei Finanzprodukten. Mangelhafte Verbraucherinformationen vor dem Vertragsabschluss sind beispielsweise eine der Hauptursachen für vorzeitige Beendigung von kapitalbildenden Lebensversicherungen und daraus resultierenden finanziellen Verlusten. Die VSMK fordert u.a. deshalb, dass bei Lebensversicherungen die Produktinformationsblätter standardisiert und die Rückkaufswerte in Relation zu den jeweils eingezahlten Beträgen in Euro ausgewiesen werden. Auch die Produkte der sogenannten „Riester-

Rente“ sollen besser vergleichbar sein. Die Kunden sollen stärker an Überschüssen beteiligt und ein Wechsel der Verträge erleichtert werden.

Zudem machen sich die Verbraucherschutzminister dafür stark, das Berufsbild des „Finanzberaters“ zu schaffen, der auf Honorar- und nicht wie bisher vorwiegend oder ganz auf Provisionsbasis arbeitet. Dadurch soll erreicht werden, dass unabhängige Finanzberater kein finanzielles Interesse an dem Verkauf bestimmter Produkte haben, sondern den Kunden neutral beraten.

Die VSMK unterstützt das Vorhaben der Bundesregierung, bestimmte geschlossene Fonds künftig nicht mehr für Privatkunden zuzulassen. Darüber hinaus soll jedoch auch eine Bestimmung aufgenommen werden, die es untersagt, dass Privatkunden kreditfinanzierte Beteiligungen an geschlossenen Investmentvermögen angeboten werden. Auch die Kontrollrechte von Anlegern sollen über die bestehenden Einsichtsrechte eines Kommanditisten hinaus ausgeweitet werden.

Tarifwechsel bei der privaten Krankenversicherung

Versicherte in privaten Krankenversicherungen sollen die Möglichkeit erhalten, jederzeit in einen anderen Tarif ihrer Versicherung wechseln können, ohne dabei ihre Altersrückstellungen zu verlieren oder sich einer erneuten Gesundheitsprüfung unterziehen zu müssen. Ein solcher Wechsel kann beispielsweise aufgrund massiver Beitragserhöhungen notwendig werden. Deshalb halten die Ministerinnen und Minister der VSMK eine versichertenfreundliche Ausgestaltung des § 204 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) für erforderlich.

Einführung linearer Stromtarife

Die VSMK ist zudem der Überzeugung, dass durch die verbindliche Einführung linearer Stromtarife für private Haushalte ein stärkerer Anreiz zum Energiesparen geboten sowie der Wettbewerb auf dem Strommarkt durch Transparenz und einfache Tarife intensiviert wird. Entsprechend wird die Bundesregierung aufgefordert einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für private Haushalte verbindlich lineare Stromtarife und eine zeitnahe monatliche Abrechnung des Verbrauchs vorsieht.

Wirksame Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung

Die VSMK mahnt außerdem gesetzliche Regelungen zum Schutz vor unerlaubter Telefonwerbung an. Der Gesetzentwurf des Bundesrates, nach dem am Telefon mündlich geschlossene Verträge erst dann wirksam werden, wenn sie schriftlich bestätigt werden, liegt bereits seit Mai 2011 zur Beratung beim Bundestag.

Gegen Betrug auf Kaffeefahrten

Die VSMK sieht Handlungsbedarf hinsichtlich der rechtlichen Möglichkeiten zum Eingriff bei so genannten Kaffeefahrten zu Verkaufszwecken. Deshalb sollten u.a. der Verkauf von

Nahrungsergänzungsmitteln und Medizinprodukten in die Liste der im Reisegewerbe verbotenen Tätigkeiten aufgenommen werden (§56 der Gewerbeordnung) sowie die Bußgeldobergrenzen bei Verstößen deutlich angehoben werden.

Weitere Informationen zur 8. Verbraucherschutzministerkonferenz stehen in Kürze im Internet zur Verfügung unter <http://www.verbraucherschutzministerkonferenz.de/>.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt, Tel.: 42837 - 2332,
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

11. September 2012/bsb11

Zwei Milliarden Euro für den Schulbau

Schulsenator legt Rahmenplanentwurf für alle Baumaßnahmen bis 2019 vor

Für Instandhaltung, Sanierung und die Erweiterung der allgemeinbildenden Schulen will der Senat bis 2019 rund zwei Milliarden Euro aufwenden. Damit sollen alle nötigen Zubauten sowie über ein Drittel der anstehenden Sanierungen bewältigt werden. Ein jetzt vorgelegter Entwurf für einen „Rahmenplan Schulbau“ benennt erstmals Umfang, Kosten und Zeitraum aller Baumaßnahmen an den allgemeinen Schulen.

Schulsenator Ties Rabe: „Im Rahmenplan wurden erstmals alle Einzelpläne und Wünsche nach Dringlichkeit und Machbarkeit geordnet. Wir schaffen damit Klarheit für die Schulen und gewinnen eine eindeutige Richtschnur für unser Handeln.“ Der Geschäftsführer von Schulbau Hamburg Ewald Rowohlt: „Sanierung und Erweiterung der Hamburger Schulen sind eine gewaltige Aufgabe, die jetzt Schritt für Schritt organisiert wird. Der Rahmenplan gibt den Schulen und uns eine klare Perspektive.“

Der Rahmenplan umfasst die Baumaßnahmen aller allgemeinbildenden Schulen. Für die beruflichen Schulen wird ein eigener Rahmenplan vorbereitet. Die Schulbehörde plant, bis 2019 alle Ganztagschulen mit rund 170 Kantinen auszustatten, mehr als 1.600 Klassen- und Unterrichtsräume zu bauen und mit einer Investitionssumme von über 150 Millionen Euro die Sport- und Gemeinschaftsflächen der Schulen dem Bedarf anzupassen. Der Bau von Kantinen und Unterrichtsräumen hat dabei höchste Priorität. Oft sind Sanierungs-, Abriss-, Ersatzbau- und Zubauarbeiten stark verzahnt, so dass eine genaue Unterscheidung von Sanierungs-, Ersatzbau- und Zubaufächen nicht möglich ist. Das gilt gerade für große Bauvorhaben. Sie sind vor allem an Stadtteilschulen geplant, weil dort Schülerinnen und Schüler aus zahlreichen früheren Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Aufbaugymnasien konzentriert wurden.

Der Entwurf für den Rahmenplan wurde in monatelanger Arbeit von Schulbauexperten von Schulbau Hamburg und Schulbehörde sowie den Schulaufsichten (Schulräten) erarbeitet. Sie haben dabei die Anmeldezahlen, den Schulentwicklungsplan, die Wünsche der Schulen sowie die örtliche

Gebäudestruktur berücksichtigt. Eine besondere Herausforderung bestand darin, zahlreiche Einzelpläne, Bedürfnisse und Wünsche der Schulen auf Plausibilität und Wirtschaftlichkeit zu prüfen und erstmals in einem finanzierbaren Rahmenplan für ganz Hamburg zusammenzufassen.

Schulsenator Ties Rabe: „In einem zweiten Schritt soll jetzt jedes Bauvorhaben zusammen mit Schulvertretern konkretisiert werden. Schule und Eltern sind Experten, die wir bei der Detailplanung brauchen. Die Vorgaben der Behörde beschränken sich deshalb weitgehend auf die Kosten, Sanierungsmaßnahmen und die zeitliche Staffelung der Baumaßnahmen. Zeitliche und finanzielle Veränderungen sind im Einzelfall möglich, wenn sie im Gesamtkonzept gegenfinanziert werden. Richtschnur für Zubauten ist ein Musterflächenprogramm, das für jeden fehlenden Klassenraum einen Zubau von rund 80 bis 90 Quadratmetern Unterrichtsfläche festlegt. Die Schulen können mitbestimmen, wie die Zubauf Flächen architektonisch in Unterrichts-, Gruppen- und Differenzierungsräume gegliedert und zugeschnitten werden.“

Große Umbauvorhaben:

Gymnasium und Stadtteilschule Lohbrügge	(40-45 Mio., + 41 Unterrichtsräume)
Stadtteilschule Kirchwerder	(30-35 Mio., + 42 Unterrichtsräume)
Stadtteilschule Lurup	(25-30 Mio., + 34 Unterrichtsräume)
Gymnasium Rahlstedt	(25-30 Mio., + 15 Unterrichtsräume)
Gymnasium Hoheluft	(20-25 Mio., + 26 Unterrichtsräume)
Stadtteilschule Niendorf	(20-25 Mio., + 29 Unterrichtsräume)
Stadtteilschule Gyula-Trebitsch Tonndorf	(20-25 Mio., + 21 Unterrichtsräume)
Grundschule An der Isebek (Eimsbüttel)	(10-15 Mio., + 22 Unterrichtsräume)

Große Neubauten oder Ersatzbauten:

Stadtteilschule Kurt-Tucholsky Altona	(40-45 Mio.)
Gymnasium Hafencity	(15-20 Mio.)
Stadtteilschule Hafencity	(10-15 Mio.)
Stadtteilschule Steilshoop	(20-25 Mio.)
Stadtteilschule Goosacker (Lurup)	(15-20 Mio.)

Umfangreiche Sanierungen:

Stadtteilschule Irena-Sendler Wellingsbüttel	(30-35 Mio.)
Stadtteilschule Horn	(20-25 Mio.)
Stadtteilschule Geschwister-Scholl (Lurup)	(25-30 Mio.)

Viele Unterrichtsräume:

Bezirk Wandsbek:

Charlotte-Paulsen-Gymnasium, Matthias-Claudius-Gymnasium, Gymnasium Marienthal (+ 22 Räume)

Bezirk Eimsbüttel:

Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium, Wilhelm-Gymnasium und Gymnasium Hoheluft (+ 43 Räume)

Ties Rabe: „Der Rahmenplan ist Teil eines dreiteiligen Gesamtkonzeptes. Wir wollen mit mehr Mitteln, klarerer Planung und effizienterem Bauen den Schulbau ankurbeln.“

Mehr Mittel: Die Schulbehörde steigert ihre jährlichen Mietzahlungen, so dass die Investitionen an den allgemeinbildenden Schulen von 137 Millionen (2011) auf 298 Millionen Euro im Jahresdurchschnitt von 2013-2019 mehr als verdoppelt werden können.

Klarere Planung: Eine klare Planung, bestehend aus dem neuen Schulentwicklungsplan und dem vorgelegten Rahmenplan, soll den Schulbau zielgenau lenken.

Effizienteres Bauen: Der Senat bereitet eine Drucksache vor, um den Schulbau effizienter und schneller zu gestalten. Im Kern geht es darum, langwierige behördeninterne Abstimmungsprozesse zu verkürzen, den Fachleuten vor Ort Entscheidungsspielräume zu eröffnen und alle Beteiligten auf betriebswirtschaftlich vernünftiges Handeln zu verpflichten.

Der Schulbau in Hamburg steht aus mehreren Gründen vor großen Herausforderungen:

- Die Schülerzahl in Hamburg steigt leicht an.
- Aufgrund kleinerer Klassen werden mehr Klassen gebildet.
- Die Zusammenführung von über 100 Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu 56 Stadtteilschulen führt zu erheblichen Platzbedarf an den Stadtteilschulen.
- Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen immer öfter allgemeine Schulen statt der Sonderschulen. Viele Sonderschulen werden perspektivisch leer stehen, umgekehrt steigt der Platzbedarf an den allgemeinen Schulen.
- Gut zwei Jahre lang wurde die Bauplanung auf die Primarschulreform ausgerichtet. Nach dem Scheitern der Primarschulreform sind die meisten Pläne unbrauchbar und müssen aufwendig angepasst werden. Dadurch ging wertvolle Planungszeit verloren, viele Bauvorhaben verzögern sich.

Hinweis zur Tabelle:

Der Rahmenplan umfasst auch einige pauschale Ansätze für Bauvorhaben an Schulen, die u.U. aufgegeben werden. Dann werden die Bauvorhaben auf andere Schulen übertragen.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

13. September 2012/bsb13

Neue Brückenbauer für unsere Gesellschaft - 12 Jugendliche mit Migrationshintergrund aus Hamburg in START-Stipendienprogramm aufgenommen

- **Prof. Dr. Josef Keuffer, Direktor des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung, ehrt die Schülerinnen und Schüler in Vertretung von Schulsenator Ties Rabe**
- **8. Jahrgang Hamburger Stipendiaten im 10. START-Jubiläumjahr**

Zwölf in Hamburg lebende Jugendliche erhalten das START-Stipendium für engagierte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Die vier Mädchen und acht Jungen, die sich unter mehr als 120 Bewerbern durchgesetzt haben, werden sowohl materiell als auch ideell unterstützt. START hat zum Ziel, die Jugendlichen auf ihrem Weg zum Abitur zu unterstützen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu stärken. Ermöglicht werden die Stipendien in Hamburg durch die START-Stiftung – ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – gGmbH und aktuell folgende weitere Partner: Dürr-Stiftung Hamburg, Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung, The Gingko-Foundation und Jürgen Sengpiel Stiftung.

Die feierliche Zeremonie fand in Schwerin im Neustädtischen Palais gemeinsam mit den neuen START-Stipendiaten aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein statt. Die Aufnahmeurkunden zum START-Stipendium überreichte der Direktor des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Prof. Dr. Josef Keuffer, der den Senator für Schule und Berufsbildung, Ties Rabe, vertrat. Unterstützt wurde er dabei von der Ministerin für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Waltraud Wende, und Sebastian Schröder, Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Schulsenator Ties Rabe: „Ich bewundere Schülerinnen und Schüler, die mehrere Sprachen sprechen und in anderen Kulturen heimisch sind. Solche wichtigen Kompetenzen nutzen nicht nur den hier

ausgezeichneten Schülern selbst, sondern der Gesellschaft insgesamt. Die START-Stipendien unterstützen die ausgewählten Schülerinnen und Schüler dabei, sich individuell weiterzuentwickeln.“

Gute Aussichten: materielle und ideelle Förderung bis zum Abitur

Die neuen Stipendiatinnen und Stipendiaten sind zwischen 14 und 19 Jahre alt und stammen aus den Ländern Afghanistan, China, Gambia, Ghana, Russland, Sri Lanka, Türkei und Vietnam. Der nunmehr achte Stipendiatenjahrgang erweitert den Kreis der Geförderten in Hamburg auf insgesamt 42 Schülerinnen und Schüler. Neben der materiellen Unterstützung in Form von monatlich 100 Euro Bildungsgeld und bei Bedarf einer PC-Grundausstattung profitieren sie von der ideellen Förderung: verpflichtende Bildungsseminare aus den Bereichen Persönlichkeitsentwicklung, Demokratie, Medien- und interkulturelle Kompetenz, Rhetorik sowie frei wählbare Seminare mit künstlerischem, sozial- und naturwissenschaftlichem, wirtschaftlichem und sportlichem Schwerpunkt. Ergänzend werden Besuche von Kulturveranstaltungen, Exkursionen in Unternehmen, Vereine, öffentliche Einrichtungen, Arbeitsgemeinschaften sowie Beratungen für die Ausbildungs-, Studien- und Lebensplanung angeboten.

Ermutung zu Eigenleistungen

Das START-Stipendium begleitet die Schülerinnen und Schüler in ihren letzten drei bis vier Schuljahren auf dem Weg zum Abitur. Das Abitur haben in Hamburg in diesem Jahr elf Stipendiaten abgelegt. Sie gehören damit zu insgesamt 63 Stipendiaten, die die Schule im Laufe der START-Förderjahre in Hamburg bereits abgeschlossen haben und weiterhin bei den START-Alumni intensiv vernetzt sind.

Robert Hasse, Geschäftsführer der START-Stiftung gGmbH, erklärt: „Zu den Voraussetzungen für ein START-Stipendium zählen vor allem schulisches und soziales Engagement, Motivation und Leistungsbereitschaft. Die Jugendlichen übernehmen Verantwortung und stärken dadurch ihre Persönlichkeit. Das START-Programm fördert und ermutigt sie, ihre zukünftige Rolle als soziale Verantwortungsträger und Brückenbauer für ein aktives Miteinander in unserer Gesellschaft wahrzunehmen und weiterzuentwickeln.“

Dieses Konzept verfolgt START mittlerweile seit zehn Jahren erfolgreich. 2002 wurde das Stipendienprogramm in Hessen eingeführt und hat sich anschließend schnell auf insgesamt 14 Bundesländer (alle außer Baden-Württemberg und Bayern) ausgeweitet. Heute ist START die größte deutsche Förderinitiative für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Im April 2012 würdigte Bundespräsident Joachim Gauck die Bedeutung des START-Programms auf der Jubiläumsfeier anlässlich des 10jährigen Bestehens von START. Im Schuljahr 2012/2013 werden

bundesweit mehr als 720 Jugendliche aus rund 85 Herkunftsländern durch START unterstützt. Zusammen mit den Ehemaligen profitier(t)en rund 1.600 Schüler von dem Programm.

Wichtige Weggefährten sind dabei die Projektpartner auf Landesebene. Sie stellen nicht nur finanzielle Mittel zur Verfügung, sondern leisten in vielen Fällen auch ideelle Unterstützung.

„Eine besondere Erfahrung für die Stipendiaten war das Team-Management-Seminar: Die bis dahin fest etablierten Grüppchen wurden durcheinander gewirbelt und siehe da, man kann auch gut mit Anderen! Zur ideellen Unterstützung zähle ich auch die Ermutigung von Hamburger START-Alumni, selbst Seminare für die aktuellen Stipendiaten anzubieten – im vergangenen Jahr „Religion – Aufklärung – Staat“ zur Einführung in philosophische Fragestellungen, und in diesem Jahr „Perspektive Jura“. START-Stipendiaten „nehmen“ aber nicht nur, sie „geben“ auch: Stipendiaten mit afghanischen Wurzeln ließen ihre Mitstipendiaten im Afghanischen Museum die Geschichte und Kultur ihres Landes entdecken. Ein Stipendiat aus Bosnien ergriff die Initiative zum Besuch des Friedensdorfes Oberhausen. Einhellig empfanden die jungen Leute diesen Besuch als tiefes Erlebnis, v.a. auch zum Verständnis was Frieden ist“, erläutert Dr. Hedwig-Else Dürr, Vorstand der Dürr-Stiftung, im Namen der Hamburger Projektpartner.

Die START-Stipendiatinnen und -Stipendiaten des Jahrgangs 2012/2013 in Hamburg:

Vorname	w/m	Alter	Herkunftsland
Alpha	m	19	Gambia
Anh-Quoc	m	15	Vietnam
Aysenur	w	16	Türkei
Cem	m	15	Türkei
Cenk	m	16	Türkei
Farhad	m	15	Afghanistan
Floris	m	14	China
Karin-Esther	w	16	Ghana
Luiza	w	15	Russland
Mina	w	14	Afghanistan
Ramesh	m	15	Sri Lanka
Yusuf	m	15	Afghanistan

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung hat das START-Schülerstipendienprogramm im Jahre 2002 mit etwa 20 Stipendien in Hessen begonnen. Heute unterstützen rund 120 Kooperationspartner das Programm – Stiftungen, Kultusministerien, Kommunen, Privatpersonen, Unternehmen und Vereine. Seit 2007 führt die START-Stiftung gemeinnützige GmbH als Tochtergesellschaft der Hertie-Stiftung das Programm durch. START ist in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vertreten.

Für Rückfragen der Medien:

START-Stiftung gGmbH, c/o ICPAHL & GÜTTLER Silke Güttler Tel.: (069) 66 12 48 52, E-Mail: s.guettler@icpahl.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

14. September 2012/bsb14

„Wassereinbruch“ in der Stadtteilschule Winterhude

Schule gewinnt beim Wettbewerb „Die Klimakasse“ ein Jahr lang kostenlosen Trinkwasserspender

Eine Lerngruppe an der Stadtteilschule Winterhude war eine der schnellsten: Unter den ersten zehn Schülergruppen, die sich für den Hamburger Online-Wettbewerb „Die Klimakasse – Punkten für das Klima!“ angemeldet hatten, wurde ein Trinkwasserspender für ein Jahr verlost. Davon profitiert die ganze Schule. Der Wasserspender wird vom Wettbewerbspartner HAMBURG WASSER im Rahmen von „TrinkWasser macht Schule“ gestiftet. Ein Wasserspender kostet die Schule sonst ca. 1.500 Euro Miete im Jahr.

Mittlerweile haben sich 30 Lerngruppen mit über 500 Schülerinnen und Schülern beim Online-Wettbewerb „Die Klimakasse“ angemeldet. Noch bis zum 30. September sind die Gruppen im Wettstreit um die meisten „Klima-Punkte“. Die erhalten sie, indem sie in ihrem Alltag klimaschonende Maßnahmen umsetzen, z.B. bei der Beleuchtung, der Reduzierung von Abfällen oder der Mobilität. Der Wettbewerb wurde vom Projekt „Klimaschutz an Schulen“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) initiiert und wird vom neutralen Wettbewerbsbüro UfU, Berlin durchgeführt und ausgewertet.

Am Montag, den 22.10.2012 werden die zehn besten Gruppen als Sieger im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI), Hamburg mit Preisen gewürdigt. Dann wird auch der Wasserspender seinen Besitzer für ein Jahr wechseln. Eine gesonderte Presseeinladung folgt.

Mehr Informationen zum Wettbewerb unter: www.klimakasse.de. Infos zum Angebot „TrinkWasser macht Schule“ von HAMBURG WASSER: www.hamburgwasser.de/trinkwasser_macht_schule.html

Für Rückfragen der Medien:

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	Behörde für Schule und Berufsbildung
Christine Stecker, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit	Peter Albrecht, Pressesprecher
Projekt „Klimaschutz an Schulen“	Tel: (040) 4 28 63 – 2003
Tel: (040) 428842-344	E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de ,
E-Mail: christine.stecker@li-hamburg.de	Internet: www.hamburg.de/bsb
Internet: www.li.hamburg.de/klimaschutz , www.klimakasse.de	

14. September 2012/bsb14a

47 Hamburger Schulen erhalten den Titel „Umweltschule in Europa / Internationale Agenda-21 Schule 2012“

Schulsenator Ties Rabe gratulierte den Schulen auf Gut Karlshöhe

Die Tendenz ist weiterhin steigend: 47 Hamburger Schulen erhielten die Auszeichnung zur „Umweltschule in Europa / Internationalen Agenda-21 Schule 2012“ – fünf mehr als im letzten Jahr. Auf dem Gelände des Kooperationspartners Gut Karlshöhe – Hamburger Umweltzentrum gratulierte Schulsenator Ties Rabe den diesjährigen Preisträgern.

Die Finalisten konnten die Fachjury am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) durch ihre Konzepte für eine nachhaltige Verbesserung des Umweltschutzes in Unterricht und Schulleben klar überzeugen. Die Themenvielfalt und Innovationskraft der Schulen ist enorm: ein Tomaten- und Saatgutmarkt zur Finanzierung der schulischen Photovoltaikanlage (Anne-Frank-Schule), Ausbildung von Hobby-Imkern (Otto-Hahn-Schule), Herstellung von Recyclingprodukten und Verkauf über eine Schülerfirma (Stadtteilschule Lohbrügge), Bewertung der Nachhaltigkeit von Unternehmen (Marion-Dönhoff-Gymnasium) oder faire Produktion von Bio-Baumwolltaschen mit Schullogo (Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik FSP II), um nur einige Beispiele zu nennen. Von den 47 neuen Umweltschulen tragen 22 ebenfalls bereits das Gütesiegel „Klimaschule“: Sie setzen schuleigene Klimaschutzpläne um, in denen sie ihre Aktivitäten zum Klimaschutz bis ins Jahr 2020 vorausschauend planen.

Für Rückfragen der Medien:

<p>Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Christine Stecker, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Projekt „Klimaschutz an Schulen“ Tel: (040) 428842-344 E-Mail: christine.stecker@li-hamburg.de Internet: www.li.hamburg.de/umweltschule-in-europa/</p>	<p>Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Anlage

Übersicht Umweltschulen 2012 (5 Seiten)

Ausgezeichnete Umweltschulen 2012

Grund- und Förderschulen

Grundschule Am Heidberg

Handlungsfeld 1: Einführung der Wertstofftonne

Handlungsfeld 2: umweltbezogene

Interviews aller Generationen – Präsentation
auf der Homepage

Kontakt: Frau Spaeth

E-Mail: primarschule-am-heidberg@bsb.hamburg.de

Internet: www.grundschule-am-heidberg.de

Schule Am Sooren

Handlungsfeld 1: Bewegung und Ernährung;
gesundes, klimafreundliches Klassenfrühstück

Handlungsfeld 2: Ausbildung von Energiedetektiven

Kontakt: Frau Otten

E-Mail: irmelinbrigitta.otten@bsb.hamburg.de

Internet: www.schuleamssooren.de

Anne-Frank-Schule

Handlungsfeld 1: Insektenhotel auf dem
Schulgelände

Handlungsfeld 2: „Tomaten- und Saatgutmarkt“
als Teilfinanzierung für die Photovoltaikanlage

Kontakt: Herr Bernhardt

E-Mail: bernhardt@alstersite.de

Internet: www.anne-frank-schule.hamburg.de

Ganztagsgrundschule Eduardstraße

Handlungsfeld 1: sichere Bewegung in der
Umwelt und auf dem Schulgelände;

Akquisition von Spenden

Handlungsfeld 2: Ökocurriculum und dreitägiges
Klimaprojekt in allen Klassen

Kontakt: Herr Chmill

E-Mail: joerg.chmill-voelsch@bsb.hamburg.de

Internet: www.schule-eduardstrasse.hamburg.de

Inselschule Neuwerk

Handlungsfeld 1: Gestaltung und Umsetzung eines Klimaschutzplanes

Handlungsfeld 2: Korkensammlung auf der Insel Neuwerk

Kontakt: Frau Müller-Toledo

E-Mail: meike_toledo@hotmail.com

Grundschule Krohnstieg

Handlungsfeld 1: biologische Vielfalt im Schulgarten

Handlungsfeld 2: Beteiligung des Stadtteils und der Eltern an der Schulgeländegestaltung

Kontakt: Frau Lawrenz

E-Mail: Maren.Lawrenz@bsb.hamburg.de

Internet: www.schule-krohnstieg.hamburg.de

Schule Lokstedter Damm

Handlungsfeld 1: Bestandsaufnahme in den Bereichen Energie, Wasser und Abfall

Handlungsfeld 2: nachwachsende Rohstoffe am Beispiel Papier

Kontakt: Frau Linnekogel, Frau Hanßen

E-Mail: schule-lokstedter-damm@bsb.hamburg.de

Internet: www.lokdamm.hamburg.de

Grundschule Müssenredder

Handlungsfeld 1: Schulpatenschaft mit Haiti; bewusster Umgang mit Abfall

Handlungsfeld 2: Umsetzung des Klimaschutzplanes

Kontakt: Frau Boltz-Krause-Sollberg

E-Mail: dorothea.boltz-krause-solberg@hamburg.de

Internet: www.grundschule-muessenredder.hamburg.de

Grundschule Rönneburg

Handlungsfeld 1: Seniorenveranstaltung mit Musik und Umweltquiz

Handlungsfeld 2: Umsetzung des Klimaschutzplans

Kontakt: Frau Brückner

E-Mail: gertraut95@yahoo.de

Internet: www.schule-roenneburg.hamburg.de

Grundschule Scheeßeler Kehre

Handlungsfeld 1: biologische Vielfalt auf dem Schulgelände;

Gartenaktionstage mit der ganzen Schulgemeinschaft

Handlungsfeld 2: erster Ressourcen-,

Umwelt- und Klimaschutztag

Kontakt: Frau Kedenburg

E-Mail: helga.kedenburg@bsb.hamburg.de

Internet: www.schulescheesselerkehre.de

Fortsetzung Umweltschulen 2012

Schule Schnuckendrift

Handlungsfeld 1: Kinderkonferenz zum Thema „Energie sparen“

Handlungsfeld 2: systematischer Einsatz der Kinderforscherkiste

„Energie erleben – Klima schützen“

Kontakt: Frau Ehlers

E-Mail: schule-schnuckendrift@bsb.hamburg.de

Internet: www.schule-schnuckendrift.hamburg.de

Stadtteilschulen (STS)

Gyula Trebitsch Schule Tonndorf

Handlungsfeld 1: Einweihung einer Wetterstation und

Berücksichtigung im Schulcurriculum

Handlungsfeld 2: Klimawandel – Klimaschutz

Kontakt: Frau Shobaz

E-Mail: kontakt@gyula-trebitsch-schuletonndorf.de

Internet: www.gyula-trebitsch-schuletonndorf.de

Julius-Leber-Schule

Handlungsfeld 1: Schülerfirma: Bau von Nistkästen,

Insektenhotels und Behausungen für Tiere

Handlungsfeld 2: „Film ab – Klimaschutz an“

Kontakt: Herr Röhling

E-Mail: roe@JLS-hh.de

Internet: www.hh.schule.de/julius-leberschule

Lessing-STS

Handlungsfeld 1: menschliche Nutzung tropischer Regenwälder, weniger Shrimps essen?

Handlungsfeld 2: Umfragen zum Umgang mit Ressourcen durch ältere Mitbürger – Erfahren der körperlichen Einschränkungen im Alter

Kontakt: Herr Fey-Obersteller

E-Mail: h.fey-o@kabelmail.de

Internet: www.lessing-gymnasiumharburg.de

Otto-Hahn-Schule

Handlungsfeld 1: Einsparmaßnahmen von Energie; Bau einer Windkraftanlage

Handlungsfeld 2: artgerechte Haltung von Bienen auf dem Schulgelände; Ausbildung von Hobbyimkern

Kontakt: Herr Zantke

E-Mail: info@otto-hahn-schule.de

Internet: www.otto-hahn-schule.hamburg.de

STS Am Heidberg

Handlungsfeld 1: Neugestaltung des Teiches im Schulgarten

Handlungsfeld 2: Profilkasse „Arbeit, Umwelt, Produktion“; getrennte Papiersammlung

Kontakt: Herr Borchers, Frau Jensen

E-Mail: john-borchers@hamburg.de;

Kira.Jensen@gmx.de

Internet: www.stadteilschule-amheidberg.de

STS Bramfelder Dorfplatz/Hegholt –

Offene Ganztagschule

Handlungsfeld 1: das Wasser, die Elbe und wir

Handlungsfeld 2: Was kann ich von Großeltern bzgl. Umweltschonung lernen?

Kontakt: Frau Pfeiffer

E-Mail: elkepfeiffer@t-online.de

Internet: www.hegholt.de

STS Denksteinweg/Holstenhof

Handlungsfeld 1: Unterstützung des „Achungo Childrens's Centre“(Kenia)

Handlungsfeld 2: Schülerinnen und Schüler erklären Schülern die Wirkungsweise von Solarelementen am Standort Holstenhof

Kontakt: Herr Opitz, Frau Anderson

E-Mail: stadtteilschule-denksteinweg@bsb.hamburg.de

Internet: www.denksteinweg.de; www.holstenhof.de

STS Harburg

Handlungsfeld 1: AG: „Wasser verbindet“ und selbst -organisiertes Soli-Konzert

Handlungsfeld 2: Umsetzung des Klimaschutzplanes, Einweihung der Wetterstation

Kontakt: Frau Ohlhoff

E-Mail: fraudo@gmx.net

Internet: www.gs-harburg.de

Fortsetzung Umweltschulen 2012

STS Lohbrügge

Handlungsfeld 1: Schülerfirma: Herstellung von Produkten aus Recyclingmaterial und Handel damit

Handlungsfeld 2: Klimawandel und Klimaschutz, u. a. Abfallvermeidung und -trennung, Photovoltaik auf dem Schuldach, Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad

Kontakt: Frau Stammer

E-Mail: Dorothea.Stammer@hamburg.de

Internet: www.stadtteilschule-lohbruegge.hamburg.de

STS Niendorf

Handlungsfeld 1: weg vom Auto

Handlungsfeld 2: Transfer der Klimaschutzmaßnahmen der Schule in die Partnerschule in Shanghai; Klimacheck auf Englisch

Kontakt: Herr Benecke

E-Mail: hjbenecke@freenet.de

Internet: www.stadtteilschule-niendorf.de

STS Süderelbe

Handlungsfeld 1: umweltfreundliche Fortbewegung mit dem Fahrrad und Einrichtung einer Fahrradwerkstatt

Handlungsfeld 2: Instandsetzung des Schulteiches, Abfallvermeidung und -sortierung

Kontakt: Herr Brandes, Frau Kayser

E-Mail: gesamtschule-suederelbe@bsb.hamburg.de

Internet: www.gesamtschule-suederelbe.de

STS Walddörfer

Handlungsfeld 1: Klimaschule mit CO₂-Ampeln

Handlungsfeld 2: Wahlpflichtkurs „Mensch, Natur, Umwelt“

Kontakt: Frau Schwarz

E-Mail: stadtteilschule-walddoerfer@bsb.hamburg.de

Internet: www.stadtteilschule-walddoerfer.de

Gymnasien

Albrecht-Thaer-Gymnasium

Handlungsfeld 1: Stärkung des Nachhaltigkeitsgedankens; Müllvermeidung; lern- und gesundheitsförderliche Lernumgebung

Handlungsfeld 2: Klimawandel und Klimaschutz im Curriculum; Umsetzung des Klimaschutzplans

Kontakt: Herr Brameier, Frau Ziegeler

E-Mail: albrecht-thaer-gymnasium@bsb.hamburg.de

Internet: www.albrecht-thaer-gymnasium.de

Alexander-von-Humboldt-Gymnasium

Handlungsfeld 1: von der Kommunikation zur Kooperation: Tansania – Two Faces – One World

Handlungsfeld 2: Projekte zum Klimaschutz; Erstellung eines Klimaschutzplanes; Bewerbung als offizielles Projekt der UN-Weltdekade BNE 2011/2012

Kontakt: Frau Musolff-De Nardo

E-Mail: alexander-von-humboldt-gymnasium@bsb.hamburg.de; y.denardo@freenet.de

Internet: www.alexander-von-humboldt-gymnasium.hamburg.de

Friedrich-Ebert-Gymnasium

Handlungsfeld 1: Ausbau und Pflege der Patenschaft nach Chittapur (Indien)

Handlungsfeld 2: Aufbau und Gestaltung eines naturwissenschaftlich-technischen, umweltbezogenen Unterrichts unter Berücksichtigung des Leitbilds Nachhaltigkeit; Einweihung einer Wetterstation

Kontakt: Frau Gleine

E-Mail: kerstin_gl@live.de

Internet: www.feg-hamburg.de

Gymnasium Allee

Handlungsfeld 1: Umsetzung des Klimaschutzplans;

Klimakurs im Wahlpflichtbereich, Oberstufenprofil „Mensch in Umwelt und Gesellschaft“; Mülltrennung

Handlungsfeld 2: biologische Vielfalt: Schulgartengestaltung u. a. Insektenhotel und Flechtenkartierung

Kontakt: Herr Janning

E-Mail: lars.janning@gymallee.de

Internet: www.gymnasium-allee.hamburg.de

Gymnasium Dörpsweg

Handlungsfeld 1: anschauliches Modell zur Gewinnung und Nutzung regenerativer Energien; Ökologie und Nachhaltigkeit im Leitbild

Handlungsfeld 2: Oberstufenprofil „Energie-Mensch-Umwelt“; Umweltbezogener Austausch mit Schulen in Österreich und Griechenland

Kontakt: Herr Hinsch

E-Mail: diedrich.hinsch@t-online.de

Internet: www.hh.schule.de/gydoe/start.html

Gymnasium Grootmoor

Handlungsfeld 1: soziale Verantwortung und nachhaltiger Konsum

Handlungsfeld 2: Klimaschutz im Curriculum; Aufbau einer Wetterstation

Kontakt: Frau Hupfer

E-Mail: steffihupfer@gmx.de

Internet: www.grootmoor.de

Fortsetzung Umweltschulen 2012

Gymnasium Heidberg

Handlungsfeld 1: Integration der Photovoltaikanlage in das Curriculum und das Schulleben

Handlungsfeld 2: Durchführung eines Klimatages;

Bewusstseinsbildung im Bereich Ressourcenschonung, Mülltrennung eingeführt

Kontakt: Herr Reich

E-Mail: carsten.reich@hamburg.de

Internet: www.gymnasium-heidberg.de

Gymnasium Hummelsbüttel

Handlungsfeld 1: „Indienkonzept – step by step,
80 Patenkinder

Handlungsfeld 2: klimarelevante Aktionen rund um die Schule, u. a. Rettung des Schulgartens mit Schulteich

Kontakt: Frau Merten Eichberger

E-Mail: merten-eichberger@familieeichberger.de

Internet: www.gymnasium-hummelsbuettel.de

Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer

Handlungsfeld 1: fächerübergreifende,
umweltbezogene Projektarbeit in den Klassen 5 bis 9

Handlungsfeld 2: „clean & and cool – we care“,
Klassenwettbewerb zum sorgsamem Umgang mit den
Ressourcen

Kontakt: Frau Strubel

E-Mail: ute.strubel@hamburg.de

Internet: www.kaifu-gymnasium.de

Gymnasium Kirchdorf/Wilhelmsburg

Handlungsfeld 1: Energie, Klima, Artenvielfalt
im Schulcurriculum

Handlungsfeld 2: eine Welt für „Alle“ – lokal und global

Kontakt: Herr Kohl

E-Mail: KarstenKohl@gmx.net

Internet: www.kiwi.hamburg.de

Gymnasium Lerchenfeld

Handlungsfeld 1: Aktion Sichtwechsel,
Straßenkind für einen Tag

Handlungsfeld 2: Veggieday – nachhaltiger Konsum

Kontakt: Frau Reichert

E-Mail: gisela-enke@arcor.de

Internet: www.gyle.de

Gymnasium Ohmoor

Handlungsfeld 1: Gewässermonitoring am Flughafen

Handlungsfeld 2: Dokumentation des Klimawandels am Schulstandort u. a. mit einer Wetterstation

Kontakt: Herr Bautsch

E-Mail: c.bautsch@ohmoor.de

Internet: www.gymnasium-ohmoor.de

Heilwig-Gymnasium

Handlungsfeld 1: Optimierung der Streuobstwiese

Handlungsfeld 2: Korkkampagne und Optimierung des Umgangs mit Abfall im Rahmen des Projekts „Wenig Müll – wir handeln!“

Kontakt: Herr Bergfeld

E-Mail: Bg@HWG.HH.Schule.de

Internet: www.heilwig.de

Immanuel-Kant-Gymnasium

Handlungsfeld 1: Umsetzung des Klimaschutzplans mit „energy-wastemanagern“

Handlungsfeld 2: Entwicklung und Aufbau eines Baumlehrpfades

Kontakt: Herr Hübner

E-Mail: Markus.Huebner@bsb.hamburg.de

Internet: www.immanuel-kant-gymnasium.de

Johannes-Brahms-Gymnasium

Handlungsfeld 1: ein vegetarischer Tag in der Woche; Umwelt- und Klimaschutz im Leitbild

Handlungsfeld 2: Umsetzung eines Lichtkonzepts im Rahmen des Klimaschutzplans

Kontakt: Herr Pauleit

E-Mail: Frank.Pauleit@johannesbrahmsgymnasium.de

Internet: www.johannes-brahmsgymnasium.hamburg.de

Lise-Meitner-Gymnasium

Handlungsfeld 1: *fifty/fifty*-Aktivitäten der Umwelt-AG, 26.000 € pro Jahr eingespart

Handlungsfeld 2: Breite Verankerung des Klimawandel-Themas im Unterricht; Klimaschutzausstellung in der Schule „fair future – ökologischer Fußabdruck“

Kontakt: Herr Hilbert

E-Mail: Eisert-Hilbert@t-online.de

Internet: www.hh.schule.de/lmg

Fortsetzung Umweltschulen 2012

Marion-Dönhoff-Gymnasium

Handlungsfeld 1: Artenvielfalt auf dem Schulgelände;
philosophischer Kräutergarten

Handlungsfeld 2: Bewertung von Betrieben u. a. hinsichtlich Agenda 2010/Nachhaltigkeit

Kontakt: Herr Krohn

E-Mail: krohn.walter@t-online.de

Internet: www.gymnasium-willhoeden.de

Berufliche Schulen

G8: Berufliche Schule Recycling- und Umwelttechnik

Handlungsfeld 1: Installation und Einweihung einer 20kW-Photovoltaikanlage

Handlungsfeld 2: Entwicklung und Erprobung von Unterrichts-Material zu den Themen Wetter und Klima;
Schülerfirma: Reparatur von Elektrogeräten und Verkauf

Kontakt: Egbert Kutz

E-Mail: kutz@gewerbeschule-8.de

Internet: www.g8.hamburg.de

G9: Staatliche Gewerbeschule Kraftfahrzeugtechnik

Handlungsfeld 1: Kooperation mit „Greenovation“ zur CO2-Einsparung und Bewusstseinsbildung

Handlungsfeld 2: Umsetzung des Klimaschutzplanes

Kontakt: Herr Loos

E-Mail: G9@bsb.hamburg.de

Internet: www.kfz-schule.de

G17: Staatliche Gewerbeschule

Metalltechnik mit technischem Gymnasium

Handlungsfeld 1: umweltbezogene Bewusstseinsbildung und große Photovoltaik-Anlage

Handlungsfeld 2: Optimierung einer Windkraftanlage

Kontakt: Herr Brinkmann

E-Mail: norbert.brinkmann@hibb.hamburg.de

Internet: www.g17-hamburg.de

H6: Staatliche Handelsschule Altona

Handlungsfeld 1: nachhaltiger Konsum

in der Cafeteria mit Veggie-Day

Handlungsfeld 2: Entwicklung und Implementierung

eines Klimaschutzplans

Kontakt: Herr Skrzipietz

E-Mail: h6@hibb.hamburg.de

Internet: www.handelsschulealtona.de

H10: Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Harburg

Handlungsfeld 1: Aufbau einer Wetterstation; Gestaltung eines Umwelttages

Handlungsfeld 2: Umsetzung des Klimaschutzplans; Ausbildung des Reinigungspersonals im Ressourcenschutz

Kontakt: Herr Schulz

E-Mail: michael.schulz@hibb.hamburg.de

Internet: www.handelsschule-harburg.de

H13: Staatliche Handelsschule Kellinghusenstraße

Handlungsfeld 1: curriculare Implementierung der Umweltbildung

Handlungsfeld 2: Senkung des schulischen Energieverbrauchs

Kontakt: Herr Peters

E-Mail: soeren.peters@gmx.net

Internet: www.h13.hamburg.de

Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik (FSP II)

Handlungsfeld 1: Partnerschaft mit einer Schule in Tansania

Handlungsfeld 2: fair produzierte Bio-Baumwolltaschen mit Schullogo statt Plastiktüten

Kontakt: Frau Mühler

E-Mail: FSPII@bsb.hamburg.de;

umuehler@gmx.de

Internet: www.fsp2.hamburg.de

11. September 2012/bsu11

Mitte Altona: Einigung über Entwicklung von Flächen für den Wohnungsbau

ECE entwickelt lebendiges und soziales Wohnquartier/ Stadt verzichtet auf Vorkaufsrecht

Die Stadt hat sich mit ECE über die Grundzüge der Entwicklung von Flächen im bisherigen Eigentum von Holsten (zukünftig ECE) im Gebiet Mitte Altona geeinigt. Gemeinsames Ziel ist es, ein lebendiges und soziales Wohnquartier in der „Mitte Altona“ zu schaffen. Erreicht werden soll dies u.a. durch den Drittmix beim Wohnungsbau, die Förderung von Baugemeinschaften und autoarmem Wohnen sowie durch hochwertige Hochbauten. ECE hat erklärt, dass sie diese Ziele teilt und sich zur Umsetzung verpflichten wird.

Konkret hat sich die ECE bereit erklärt, auf ihren Flächen:

- den Drittmix beim Wohnungsbau einzuhalten und damit ein Drittel geförderte Wohnungen zu erstellen
- Flächen für Baugemeinschaften bereit zu stellen
- autoarmes Wohnen und innovative Mobilitätskonzepte zu fördern
- Realisierungswettbewerbe für den Hochbau durchzuführen
- und Erschließungskosten zu übernehmen.

Die Stadt verzichtet deshalb auf die Ausübung des Vorkaufsrechts. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass die Holsten-Brauerei (Carlsberg-Gruppe) im Juni ein Grundstück an ECE verkauft hat. Die Holstenfläche liegt im 1. Bauabschnitt des Masterplans und in dem Gebiet der Vorbereitenden Untersuchungen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme im Bereich Mitte Altona. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat ein Vorkaufsrecht auf diesen Flächen.

In den nächsten Monaten wird die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Vereinbarungen mit ECE und den anderen Eigentümern des 1. Bauabschnittes konkretisieren und städtebauliche Verträge schließen. Nach dem Bürgerschaftsbeschluss über den Masterplan wird parallel mit der Erarbeitung der Bebauungspläne begonnen.

Die Inhalte der städtebaulichen Verträge sowie der Planverfahren werden im Rahmen der Bürgerbeteiligung diskutiert werden. Nach Beschluss über die Masterplan-Drucksache wird das Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden. Hier ist der Abschluss im Jahr 2014 geplant.

Hintergrund: Durch die bereits erfolgte Aufgabe des Güterbahnhofs und die Erwägungen der Deutschen Bahn AG zur Verlagerung der Fernbahn vom heutigen Bahnhof Altona an den Standort Diebsteich könnte insgesamt ein etwa 75 Hektar großes Areal im Zentrum Altonas für eine städtebauliche Neuentwicklung frei werden. Bereits für den ersten Bauabschnitt, der unabhängig von der Bahnhofsverlagerung realisiert werden kann, ist dabei mit dem Neubau von rd. 1.600 Wohnungen zu rechnen. Darüber hinaus sehen die Planungen für Mitte Altona einen neuen Stadtteilpark, mehrere Quartiersplätze und neue Wegeverbindungen vor, die die derzeit durch die Bahnflächen getrennten Nachbar-Stadtteile Ottensen, Bahrenfeld und Altona-Nord besser miteinander vernetzen.

Um die Anregungen der Anwohner sowie der Gewerbetreibenden aus der Nachbarschaft von Anfang an in die Planungen einfließen lassen zu können, führt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt seit 2010 einen intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit im Rahmen des begleitenden Beteiligungsprozesses.

Pressebilder unter: www.hamburg.de/pressebilder

Weitere Informationen unter: www.hamburg.de/mitte-altona

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kerstin Graupner
(040)428.40-32 49,
pressestelle@bsu.hamburg.de.

13. September 2012/pr13a

Müllverwertung Borsigstraße: Mehr Fernwärme für Hamburg Festakt mit dem Ersten Bürgermeister Scholz zum Start der Wärme aus Biomasse

In der Müllverwertung Borsigstrasse hat am Donnerstag die Auskopplung von Fernwärme aus der Biomasseanlage begonnen, mit der umgerechnet weitere 15.000 Hamburger Wohneinheiten versorgt werden können. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz feierte gemeinsam mit dem Vorstand der Vattenfall Europe Wärme AG, Gunther Müller und dem Vattenfall-Generalbevollmächtigten Pieter Wasmuth die Erweiterung der Fernwärmeauskopplung. Durch die Umstellung der Biomasseanlage (Linie 3) von reiner Stromerzeugung auf umweltschonende Kraft-Wärme-Kopplung können neue Kunden an das Hamburger Fernwärmenetz angeschlossen und mit Wärme versorgt werden.

Mit der Nutzung industrieller Abwärme setzt Vattenfall ein weiteres Versprechen aus dem Energiekonzept mit dem Hamburger Senat um. Im Bereich der Fernwärmeversorgung können im Vergleich zur Erzeugung in konventionellen Heizkesseln durch den Einsatz von Biomasse rund 26.000 Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Die Umstellung der Biomasseanlage Borsigstraße auf umweltschonende Kraft-Wärme-Kopplung ist Grundlage, damit Kunden mit CO₂-neutraler Wärme versorgt werden. Vattenfall und der Hamburger Senat realisieren heute einen wichtigen Teil aus den Vereinbarungen zur Hamburger Energiewende. Und Hamburg unterstreicht seinen guten Ruf, was die Entwicklung technischer Umweltschutzmaßnahmen und moderner Energienutzung betrifft.“

Pieter Wasmuth, Generalbevollmächtigter der Vattenfall Europe AG: „Die Fernwärmeauskopplung aus der Linie 3 ist ein weiterer Meilenstein der Energiewende in Hamburg. Neben der Integration Erneuerbarer Energien spielt die Energieeffizienz eine entscheidende Rolle. Nur wenn es uns gelingt, das Maximum aus den Brennstoffen herauszuholen, werden wir bei der Energiewende erfolgreich sein. In Hamburg sind wir auf einem guten Weg.“

Gunther Müller, Vorstand der Vattenfall Europe Wärme AG: „Nach dem Bau der Gas- und Dampfturbinen-Anlage in Tiefstack und dem Rückbau des Dampfnetzes gehen wir mit der Fernwärmeauskopplung heute den nächsten Schritt zur weiteren Verbesserung der Fernwärme in

Hamburg. Mit dem Bau des Innovationskraftwerks und dem Speicherausbau werden wir in den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele der Hansestadt leisten.“

Die Biomasse, die in der MVB zum Einsatz kommt, wird aus Altholz gewonnen. Unternehmen in der Region verarbeiten beispielsweise Dachstühle, Fenster und Türen aber auch sortierten Sperrmüll zu Holzhackschnitzeln. Aus diesem Brennstoff werden dann 20 Megawatt Strom und die Wärme für umgerechnet 15.000 Haushalte erzeugt. Bei Volllastbetrieb werden rund 20 Tonnen Holz pro Stunde verwertet.

Das Fernwärmenetz in Hamburg stützt sich auf eine Infrastruktur von über 800 Kilometern Rohrleitung und verteilt sich auf ein Hauptnetz und zwei sogenannte „Inselnetze“, die aus zwei Blockheizkraftwerken gespeist werden. Der Ausbau der Fernwärmeversorgung ist ein zentraler Bestandteil des Hamburger Energiekonzepts zur Verringerung der Kohlendioxidemissionen. Bis 2020 sollen über das Hamburger Fernwärmenetz 500.000 Wohneinheiten mit Wärme versorgt werden, heute sind es 444.000.

Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 0404283122 44
Mobil: 01702881809
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

14. September 2012/bjg14

Hamburg reformiert Juristenausbildung

Notenverbesserungsversuch und internationale Ausrichtung werden gestärkt

Am morgigen Samstag, den 15. September, tritt ein Gesetz in Kraft, mit dem Notenverbesserungsversuche für Jurastudentinnen und Jurastudenten attraktiver werden und die internationale Ausrichtung der Juristenausbildung gestärkt wird. In Zukunft wird Hamburger Studentinnen und Studenten eine Teilnahme an einem internationalen „Moot Court“ erleichtert. Bei einem „Moot Court“ handelt es sich um einen Wettbewerb, bei dem [Studenten](#) ein ausgedachter Rechtsfall zugeteilt wird, in dem sie jeweils eine der Prozessparteien vertreten müssen. Die Studenten aus aller Welt messen in den dafür angesetzten Gerichtsverhandlungen ihre Argumente vor renommierten [Rechtswissenschaftlern](#). In den vergangenen Jahren erzielten Hamburger Studenten beachtliche Erfolge.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Im Rahmen der Gerichtsverhandlungen schulen die Studentinnen und Studenten ihre Rhetorik, anwaltliches Arbeiten und nicht zuletzt ihre Fremdsprachenkenntnisse. Durch die Gesetzesänderung wird eine Teilnahme an Moot Courts noch attraktiver.“

Darüber hinaus werden Notenverbesserungsversuche zukünftig attraktiver. Bisher mussten Studentinnen und Studenten den Antritt des Referendariats bis zum Abschluss eines Verbesserungsversuches zurückstellen. In Zukunft können sie einen Verbesserungsversuch auch dann abschließen, wenn sie mit Beginn des Referendariats die Aufsichtsarbeiten absolviert haben. Das kann ihre Ausbildungsdauer um vier Monate verkürzen.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Viele Studentinnen und Studenten nutzen die Wartezeit fürs Referendariat, um ihre Note in der ersten juristischen Staatsprüfung zu verbessern. Durch die Neuregelung können sie früher als bisher ins Referendariat übernommen werden. Das macht den Verbesserungsversuch noch attraktiver.“

Kontakt:
Dr. Sven Billhardt
Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle
Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258
E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

13. September 2012/pa13

Mehr Frauen in die Spitzenfunktionen der hamburgischen Verwaltung

Personalamt startet neue Veranstaltungsreihe

Eines der gleichstellungspolitischen Ziele des Senats ist es, den Anteil von Frauen in Spitzenfunktionen der hamburgischen Verwaltung zu erhöhen. Das Personalamt der Stadt hat in diesem Zusammenhang eine neue Veranstaltungsreihe „Frauen in Spitzenfunktionen“ initiiert. Zu deren Auftakt wird Staatsrat Dr. Christoph Krupp am kommenden Montag mehr als 80 weibliche Führungskräfte aus Behörden und Ämtern im Zentrum für Aus- und Fortbildung begrüßen. Ziel der Reihe ist unter anderem, Informationen über Karrierestrategien zu vermitteln und die Vernetzung von Frauen in Führungspositionen zu verbessern.

Staatsrat Dr. Krupp: „Frauen besetzen 38 Prozent der Führungspositionen der FHH. Auf den obersten Führungsebenen der Verwaltung sind sie allerdings immer noch deutlich unterrepräsentiert. Bei den Amtsleitungen etwa beträgt ihr Anteil nur 15 Prozent. Erfreulicherweise werfen jedoch zunehmend mehr Frauen bei Stellenausschreibungen ihren Hut in den Ring, und sie tun dies mit Erfolg. Die hamburgische Verwaltung ist auf einem guten Weg, das vom Senat gesetzte Ziel zu erreichen.“

2011 konnte die Hälfte der insgesamt 24 Referats-, Abteilungs- und Amtsleitungsstellen, die im Bereich Allgemeine Dienste ausgeschrieben waren, mit Frauen besetzt werden.

Auch bei der Gesamtzahl der Stellenbesetzungen der FHH in 2011 haben Frauen gut abgeschnitten. Sie konnten 65 Prozent der Auswahlverfahren für sich entscheiden, 2010 waren es 55 Prozent.

Als Ziele der neuen Veranstaltungsreihe nennt Staatsrat Dr. Krupp,

- die Frauen in ihrer weiteren Karrierebereitschaft zu unterstützen,
- Kenntnisse hinsichtlich Karrierestrategien sowie aufstiegsförderlichem Führungsverhalten zu erweitern,
- Vorbilder für die nachfolgende weibliche Führungsebene zu schaffen,
- die Vernetzung unter den weiblichen Führungskräften zu fördern und nicht zuletzt

- eine Signalwirkung für das Thema „Frauen in Spitzenfunktionen“ in der hamburgischen Verwaltung zu erzielen.

Rückfragen:

Bettina Lentz, Leiterin des Personalamtes

Tel.: 040 – 428 31 1505/1506

Fax: 040-428 31 2420

E-Mail: Bettina.Lentz@personalamt.hamburg.de

10. September 2012/pr10

Sicherheit in der Schifffahrt: Scholz spricht sich für engere internationale Zusammenarbeit aus

Experten aus dem In- und Ausland beraten bei Hafensicherheitskongress in Hamburg

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat die Bedeutung sicherer Häfen und einer sicheren Schifffahrt für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und Hamburgs betont. „Nur ein sicherer Hafen ist auch ein Standortfaktor. Nur ein sicherer Umschlagsplatz verspricht Wachstum und Wohlstand“, sagte Scholz am Montag beim Hafensicherheitskongress „World Port Security Summit“ in Hamburg. Er sprach sich für eine engere internationale Zusammenarbeit aus, um in der Schifffahrt die Gefahren durch Unfälle, Anschläge oder Piraterie einzudämmen.

Deutschland habe aufgrund seiner immer engeren Verflechtung mit der Weltwirtschaft ein besonderes Interesse an internationaler Stabilität und ungehindertem Warenaustausch. „Auch Deutschland ist von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren internationalen Transportwegen abhängig“, sagte Scholz. Krisen und Konflikte zwischen Staaten, Störungen der Rohstoff- und Warenströme - durch Terrorismus oder Piraterie - aber auch Unfälle mit Gefahrgütern blieben nicht ohne Auswirkungen auf die nationale Volkswirtschaft und damit auf Wohlstand und sozialen Frieden. „Der freie und ungehinderte Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes ist wichtig für Deutschland und Hamburg“, sagte der Erste Bürgermeister.

Auch wenn es eine 100-prozentige Sicherheit nicht gebe, so erhöhten Sicherheitsmaßnahmen doch die Hürden für Anschläge und Störungen. Scholz erläuterte vor den Teilnehmern aus dem In- und Ausland Details des Hamburger Hafensicherheitsgesetzes. Darin festgelegt ist die vollständige Umsetzung des so genannten ISPS-Codes („International Ship and Port Facility Security Code“). Er betrifft die Umzäunung und Zugangskontrollen für Hafenanlagen. Darin festgelegt sind aber auch weitere verbindliche Sicherheitsmaßnahmen für den Hafen.

Um die unerlaubte Einreise in das Bundesgebiet über den Hamburger Hafen sowie Straftaten mit terroristischem Hintergrund zu verhindern, darf die Polizei im Gebiet des Hafens ohne besonderen Verdachtsgrund Personen anhalten und ihre Identität feststellen.

Um die Sicherheitsrelevanz eines Schiffes und seiner Ladung rechtzeitig einschätzen zu können, müssen der Polizei 24 Stunden vor dem Anlaufen Schiffsdaten übermittelt werden, die die letzten zehn

angelaufenen Häfen, Besatzungs- und Fahrgastlisten sowie Informationen zu gefährlichen Gütern an Bord zum Inhalt haben.

Im Hamburger Hafen dürfen insbesondere Container durch die Polizei jederzeit geöffnet und durchsucht werden.

Personen, die mit sicherheitsrelevanten Unterlagen zu tun haben, oder in besonderen Sicherheitsbereichen eingesetzt sind, können zu einer Überprüfung ihrer Zuverlässigkeit verpflichtet werden.

Gemeinsam mit der Hafenvirtschaft wurden so genannte Guidelines entwickelt, die Sicherheitsmaßnahmen auf einem Kreuzfahrtterminal zum Inhalt haben. Hier ist ein Sicherheitsstandard vorhanden, der mit der Flughafensicherheit nahezu identisch ist. Das geht bis zum Durchleuchten des Gepäcks und zu Personenkontrollen mittels Sonden und Scannern.

Neben der latenten Terrorgefahr sei auch die Piraterie eine Gefahr für den Seeverkehr, sagte Scholz weiter. Durch Piraterie - insbesondere vor Somalia und vermehrt vor den Küsten Westafrikas - seien auch Hamburger Interessen betroffen: deutsche Schiffe, viele mit Heimathafen Hamburg und ihrer oftmals in Hamburg ansässige Reeder. Der Piraterie dürfe nur mit rechtstaatlichen Mitteln begegnet werden, betonte Scholz: „Die Abwehr dieser erheblichen Gefahren und der Schutz von Seeschiffen ist – wenn es um Schiffe unter deutscher Flagge geht – staatliche, hoheitliche Aufgabe.“

Hamburgs Erster Bürgermeister sprach sich für eine intensivere Zusammenarbeit aller beteiligten Staaten und Behörden aus. In diesem Netzwerk könnten gemeinsam präventive Maßnahmen zum Schutz der Schifffahrt vor Piratenüberfällen entwickelt, gleichzeitig sicherheitsrelevante Informationen frühzeitig gesammelt und zwischen den Beteiligten ausgetauscht werden. „Je enger wir kooperieren, umso effektiver können wir Risiken erkennen und Sicherheitslücken schließen“, sagte Scholz.

Hintergrund:

Nach der Entführung des Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro“ im Jahr 1985, dem Anschlag auf das US Marine Schiff „USS-Cole“ im Jahre 2000 und auch den Anschlägen auf das World Trade Center 2001 wurden weltweit Antiterrormaßnahmen auch im internationalen Seeverkehr erhoben.

So ist heutzutage der Zugang zu Containerterminals oder Schiffen nur noch unter verschärfter Kontrolle möglich. Ihre rechtliche Grundlage findet es in dem ISPS Code, dem International Ship and Port Facility Security-Code. Dies ist ein internationales Übereinkommen zur Abwehr terroristischer Gefahren auf Schiffen und Hafenanlagen. Des Weiteren findet man heute ähnliche Sicherheitsstandards für Schiffe und Häfen wie für Flughäfen.

Die Sicherheitsstandards müssen sich an die jeweiligen örtlichen Umstände anpassen. Der World Port Security Summit (WPSS) dient dafür als Austauschplattform. Ziel ist es, die Häfen noch sicherer zu

machen. Der WPSS wurde 2006 in Shanghai ins Leben gerufen. 2008 fand das Treffen in Hong Kong und 2010 in Los Angeles statt. Mit Hamburg ist erstmals eine europäische Hafenstadt Ort der Konferenz, zu der hochrangige Vertreter der Seehäfen aus aller Welt anreisen.

Rückfragen:
Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 040 / 428 31 22 44
Mobil: 0170 / 288 18 09
E-Fax: 040 / 4279 15 143
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

13. September 2012/bwvi13

Handwerkskammer
Hamburg



Masterplan Handwerk

Handwerk und Stadt sind gleichermaßen Gewinner

Mit dem „Masterplan Handwerk 2020“ wurden im September 2011 die Grundlagen für eine gemeinsame Strategie des Senats und der Handwerkskammer Hamburg zur Stärkung des Hamburger Handwerks gelegt. Die einzelnen Maßnahmen werden bis 2020 umgesetzt. Auch sie waren von den Entwicklungen des öffentlichen Haushalts nicht ausgenommen. Dennoch gelang es, bestehende erfolgreiche Projekte zu sichern und zu verlängern. Senat und Handwerk betrachten dies als Ausdruck ihrer wirksamen partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des Masterplans und begrüßen ausdrücklich das Engagement, mit dem auch neue Maßnahmen aufgelegt werden konnten. Senator Frank Horch hob anlässlich der Unterzeichnung des Fortschrittsberichts die Bedeutung des Handwerks für den Wirtschaftsstandort hervor: „Die nachhaltige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Handwerks setzt gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus. Die demographische Entwicklung wird den zu erwartenden Fachkräftemangel noch verschärfen. Der Senat begrüßt daher das Engagement der Handwerksbetriebe im Bereich der betrieblichen Ausbildung und die Initiative der Kammer für ein Landesprogramm Qualifizierung.“

Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg, betonte: „Der Masterplan Handwerk 2020 ist bundesweit einmalig und eine wertvolle Strategie für den Mittelstand. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass der Senat diese Strategie gemeinsam mit uns auch unter ungünstigen Haushaltsbedingungen konsequent weiterverfolgt. Der Masterplan schafft die Voraussetzungen dafür, dass das Hamburger Handwerk auch in Zukunft unter guten Rahmenbedingungen arbeiten kann. Das sichert hohe Qualität und Innovation im Handwerk und nützt unseren Betrieben und Beschäftigten ebenso wie dem Wirtschaftsstandort Hamburg.“

Einige Beispiele:

- Für die Betriebe ist Weiterbildung eine erfolgreiche Strategie, den Fachkräftebedarf in der Zukunft zu sichern. Obwohl das Bewusstsein gestiegen ist, dass Qualifizierungsmaßnahmen notwendig sind, um mittel- und langfristig den Ansprüchen des Marktes gerecht zu werden, nehmen insbesondere Kleinbetriebe Weiterbildungsangebote in noch unbefriedigender Zahl wahr. Damit

das Hamburger Handwerk wettbewerbsfähig bleibt, vereinbaren Senat und Kammer ein „Landesprogramm Qualifizierung im Handwerk“. Dafür wird im Rahmen des ESF-Programms „Weiterbildungsbonus“ über den Förderhöchstbetrag (bis maximal 2.000 €) und die anteilige Kostenübernahme (bis zu 75 %) ein besonderer Anreiz für Weiterbildungsinteressierte im Handwerk geschaffen. Der ESF-„Weiterbildungsbonus“ wird außerdem zunächst bis Ende 2013 verlängert und um zwei fachkompetente Qualifizierungsberaterinnen oder -berater ergänzt, die am ELBCAMPUS präsent sein. Sie werden auch initiativ Betriebe besuchen und beraten, um die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen. Verbindliche inhaltliche Förderschwerpunkte des Programmjahres 2013 sind die Qualifizierungsbereiche „Umwelttechnik“ und „Qualitätspolitik“.

- Das Projekt „MIAH – Mehr Integration durch Ausbildung im Handwerk“ berät Selbstständige im Handwerk, die einen Zuwanderungshintergrund haben, rund um das Thema duale Ausbildung. Es motiviert sie, selbst auszubilden, und unterstützt sie darin, die Ausbildungsberechtigung zu erlangen. Seit dem Projektstart im Juli 2010 trägt MIAH erfolgreich dazu bei, die Ausbildungsbeteiligung in diesem Bereich zu erhöhen. Senat und Handwerkskammer kommen deshalb überein, das Projekt MIAH 2013 fortzuführen. Hierzu stellt der Senat zusätzliche Mittel in Höhe von rund 270.000 Euro aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Landeshaushalt bereit. In den ersten zwei Jahren der Projektlaufzeit (bis Juni 2012) hat MIAH mehr als 350 Betriebe beraten. Gut 190 Inhaberinnen und Inhaber entschieden sich, am Projekt mitzuwirken. Seither haben bereits 35 Teilnehmende die Ausbildungsberechtigung erlangt, woraufhin 48 zusätzliche Ausbildungsverträge geschlossen werden konnten.
- Seit Dezember 2009 entwickelt und erprobt das Projekt „Serviceagentur Anschluss Handwerk“ (SAH) Angebote für eine Berufsorientierung in Richtung Handwerk in enger Zusammenarbeit von Betrieben, Bildungszentren des Handwerks und Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien. Das Projekt zielt vor allem darauf, Lehrkräfte zu beraten sowie Schülerinnen und Schülern handwerkliche Praxis zu vermitteln. Aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Landeshaushalt wurden rund 430.000 Euro zusätzliche Mittel bereitgestellt. Das Projekt ist verlängert bis zum 31.12.2013.
- Um Hamburgs Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele leisten zu können, ist die Energieeffizienz im Gebäudebestand von großer Bedeutung. Auf diesen Bereich entfallen rund 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs, die Einsparpotentiale sind erheblich. Bürgernahe Beratungsangebote wie das EnergieBauZentrum, das SolarZentrum und ZEWU*mobil*plus der Handwerkskammer sind zentrale Bausteine unserer Klimaschutzpolitik. Der Senat strebt die Fortsetzung dieser Projekte an.

Viele weitere Projekte dokumentieren die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Handwerkskammer. Im vergangenen Jahr wurden zahlreiche Ziele erreicht und weitere wichtige Vorhaben vereinbart.

Weitere Informationen finden Sie auf den Internetseiten: www.hamburg.de/bwvi und www.hwk-hamburg.de

Rückfragen:

Susanne Meinecke

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040 42841 2239

E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

Ute Kretschmann

Handwerkskammer Hamburg

Tel.: 040 35905-227

E-Mail: ukretschmann@hwk-hamburg.de

10.09.2012/kb10

Gestohlene Plastik zurück an der Alster

„Orpheus und Eurydike“ wieder vereint

Orpheus und Eurydike sind wieder vereint. Im Oktober 2011 hatten Metaldiebe die Figur der „Eurydike“ im Alstervorland abgesägt und gestohlen, „Orpheus“ wurde dabei beschädigt. Unter Anwesenheit von Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler und der Tochter der Künstlerin konnte das Figurenpaar heute der Öffentlichkeit zurückgegeben werden.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Ein schneller Spendenaufruf und ein großartiges bürgerschaftliches Engagement haben für die schnelle Wiederherstellung des Figurenpaares von Ursula Querner gesorgt. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern. Dieses Engagement zeigt wieder, dass in Hamburg das Herz für die Kultur am rechten Fleck schlägt und sorgt – anders als in der Sage – für ein echtes Happy End in der Geschichte von Orpheus und Eurydike.“

Irina von Jagow, Geschäftsführerin der Hamburger Stiftung Denkmalpflege: „Die von den Hamburgern geliebte Orpheus-Gruppe konnte nur durch das spontane Engagement vieler Spender und den Glücksfall, dass es noch eine Gussform der geraubten Eurydike gab, als Ensemble erhalten werden.“

Nach dem Diebstahl hatte ein Spendenaufruf unter anderem durch Dorothee Wallner, Tochter der Künstlerin eine große Resonanz gefunden. Der von der Stiftung Denkmalpflege Hamburg und der Kulturbehörde koordinierte Aufruf hatte dafür gesorgt, dass die Plastik nun neu gegossen werden konnte. Außerdem wurden die Figur des Orpheus restauriert und die Muschelkalksockel beider Figuren erneuert.

Das Figurenpaar „Orpheus und Eurydike“ wurde von der Bildhauerin Ursula Querner (1921-1969) gestaltet und stammt aus dem Jahr 1958. Das Kunstwerk geht zurück auf die Sage des Orpheus, der mit den Klängen seiner Lyra versucht, seine Geliebte Eurydike aus dem Hades zu befreien, dabei aber scheitert. Die Figuren aus Bronze befinden sich am Alsterwanderweg zwischen den Eingängen Milchstraße (von hier aus ca. 50m südlich) und Alte Rabenstraße (von hier aus ca. 200m nördlich).

Für Rückfragen:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 - 207

pressestelle@kb.hamburg.de

Irina von Jagow

Stiftung Denkmalpflege

040 / 34 42 93

StiftungDenkmalpflegeHamburg@t-online.de

12.09.2012/kb12

Ausgezeichnete Kinder- und Jugendkultur aus Hamburg **Forschungstheater erhält Bundespreis für Kulturelle Bildung**

Das Forschungstheater im Fundus Theater ist gestern (Dienstag) Abend im Schloss Genshagen bei Berlin vom Kulturstaatsminister Bernd Neumann mit dem Preis für Kulturelle Bildung 2012 ausgezeichnet worden. Die Laudation hielt Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler. Das Forschungstheater mit dem Team um Dr. Sibylle Peters gehörte zu den bundesweit zehn für den BKM-Preis für Kulturelle Bildung nominierten Projekten.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler** gratuliert dem Forschungstheater zu der Auszeichnung: „Dieser besondere Preis ist eine großartige Bestätigung der Arbeit des Forschungstheaters. Die Fachjury hat die auch überregional beachtete Arbeit des Teams um Dr. Sibylle Peters zu Recht mit dem BKM-Preis für Kulturelle Bildung ausgezeichnet. Ich freue mich, dass es uns im letzten Jahr gemeinsam mit der Schulbehörde gelungen ist, für das Theater eigene Räume zu finden. Diese wichtige kulturelle Bildungsarbeit mit Schulklassen hat damit einen eigenen Ort gefunden. Mein Dank gilt auch der Norddeutschen Vermögen Holding, die das Forschungstheater seit Jahren verlässlich fördert.“

Bekannt wurde das Forschungstheater unter anderem mit dem Projekt über „Echte und andere Piraten“, einer Gemeinschaftsproduktion des Internationalen Sommerfestivals Hamburg, des Fundus Theaters und der Wiener Festwochen zum Thema Piraten gestern und heute und durch das Projekt „Kinderbank“, mit dem das Theater in Eilbek Fragen rund um das Thema Geld auf die Spur geht. Diese Projekte zeigen die große Spannweite der Aktivitäten, die das Team bearbeitet. Ihnen zur Seite stehen nicht nur Künstler und Wissenschaftler und Studenten aus Hamburger Universitäten, sondern auch Kinder aus vielen Hamburger Schulen, die diese Projekte inhaltlich mit erarbeiten und natürlich das Team vom Fundus Theater, das dem Forschungstheater schon lange in der Hasselbrookstraße eine Heimat und Unterstützung bietet.

Der besondere Ansatz, die unterschiedlichen Forschungswege aus Wissenschaft, Kunst und die spontane und emotionale Herangehensweise der Kinder gleichberechtigt nebeneinander zu stellen hat auch die Jury in Berlin überzeugt. Im Rahmen des Symposiums „Kunst der Vermittlung – Vermittlung der Kunst“ der Stiftung Genshagen hatte das Team des Fundus Theater vor der Preisverleihung beispielhaft seine Arbeit vorgestellt.

Für Rückfragen:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207 / enno.isermann@kb.hamburg.de
www.hamburg.de/kulturbehoerde

12.09.12/kb12a

Unterschutzstellung für Gebäude der ehemaligen GEG auf der Peute

Nutzung teilweise für kreative Zwecke

Der Kern der ehemaligen GEG Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine auf der Peute bleibt erhalten und wird unter Denkmalschutz gestellt. Ein weiterer Teil bleibt für die Hafennutzung erhalten. Darauf haben sich die Kulturbehörde, die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation sowie die Hamburg Port Authority geeinigt.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit der jetzt vereinbarten Lösung erreichen wir eine dauerhafte Erhaltung der besonders erhaltenswerten Gebäude 10 und 11 auf dem Gelände der ehemaligen Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die Gebäude werden nicht nur unter Denkmalschutz gestellt, sondern sollen künftig zusätzlich vor allem für eine kreative Nutzung zur Verfügung stehen.“

Die Hamburg Port Authority wird die Gebäude 10 und 11 nun sanieren. Ein Teil der Gebäude soll auch nach der Sanierung für kreative Nutzer erhalten bleiben. Ein Stockwerk mit Blick über die Dächer von Hamburg – von einer Gruppe von Einzelunternehmern und Künstlern eigenhändig ausgebaut und finanziert – hat sich in den letzten Jahren bereits zu einem Zentrum für kreatives Arbeiten und kulturellen Austausch entwickelt. Es soll auch künftig unterschiedlichen Disziplinen – darunter auch dem im Moment dort ansässigen Tonstudio – als Produktionsort zur Verfügung stehen. Darüber hinaus konnte einem Teil der bisherigen Nutzer mit Unterstützung der Kulturbehörde und der Hamburg Kreativ Gesellschaft neue Räume an anderen Standorten vermittelt werden.

Das ehemalige Zentrallager und Fabrikgebäude der GEG wurde 1925-27 von der Bauhütte Bauwohl errichtet und diente als Fabrik und Lager für diverse Waren, die in den zahlreichen Konsumläden in den Siedlungsbauten der ehem. Stadterweiterungsgebiete verkauft wurden. In der Verbindung mit dem Gewerbebereich des Hafens kommt dem Ensemble sowohl eine stadt- als auch eine sozialgeschichtliche Bedeutung zu. Die zwei ehemaligen Fabrikationsgebäude sind in gestalterisch anspruchsvoller Weise klinkerverblendet und bilden ein herausragendes und gut erhaltenes und baugeschichtlich bedeutendes Zeugnis der Hamburger Industriearchitektur. Es entfaltet in seiner exponierten Lage zwischen Norderelbe und Hovekanal eine große städtebauliche Wirkung.

Für Rückfragen:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 207

pressestelle@kb.hamburg.de

igs10

internationale gartenschau hamburg igs 2013: „Wir liegen im Plan, sind gut gerüstet“

Die Arbeiten im zukünftigen Wilhelmsburger Inseipark kommen sehr gut voran. Davon konnten sich, sieben Monate vor Eröffnung der ersten Gartenschau an Alster und Elbe seit 40 Jahren, zahlreiche Pressevertreter aus ganz Deutschland bei einer mehrstündigen Info-Tour über das Gelände mit vielen Einblicken, Themen und hochrangigen Gesprächspartnern überzeugen.

Hamburg, 10. September 2012 – Am Ende waren sich alle Akteure einig: Die igs 2013 wächst, gedeiht und entwickelt sich prächtig in allen Segmenten und ist ein unverzichtbarer grüner Impulsgeber für eine nachhaltige stadtpolitische Erschließung des Hamburger Südens. Gemeinsam mit künftigen Nutzern, betroffenen Bürgern, privaten Investoren und öffentlichen Geldern entsteht mitten in der Stadt ein neues Quartier und eine grüne Oase mit vielfältigen Spiel-, Sport-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für alle Generationen, Kulturen, Ethnien und Religionen, mit attraktiver Gastronomie und überraschenden Wasser- und Gartenanlagen.

Die Senatorin und Aufsichtsratsvorsitzende der Gartenschau-Gesellschaft, Jutta Blankau, zeigte sich begeistert: „Die Großprojekte in Wilhelmsburg sind fast fertig und es lohnt sich, neugierig zu sein. Durch IBA und igs 2013 erhält der Stadtteil einen historischen Entwicklungsschub und viele Attraktionen wie den neuen Inseipark. Hamburg kann sich richtig auf seine doppelte Gastgeberrolle im nächsten Jahr freuen.“

igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten sagte zum Stand der Vorbereitungen: „Die Gartenschau kann kommen in sieben Monaten. Wir sind gut gerüstet. Jetzt genießen die Arbeiten an den 80 Gärten hohe Priorität. Auch die Infrastrukturarbeiten im Gelände und die Pflanzungen von Gehölzen und Stauden sind schon sehr weit fortgeschritten. Dabei hat uns das feuchtwarme Sommerwetter sogar in die Karten gespielt. Im Herbst wird dann alles in die Erde eingebracht sein, so dass im Frühjahr 2013 nur noch Pflanzen für die Schau- und Wettbewerbsflächen gesetzt werden müssen. Die Hamburger Gartenschau ist nicht nur ein sommerlanges Blütenfest mit vielen floralen Höhepunkten. Weitere Angebote warten darauf, von den Besuchern aus Nah und Fern entdeckt und erlebt zu werden.“

Die **1. Station** führte die Journalisten in den südlichen Bereich des 100-Hektar-Areals, wo sich auch die fünf größten Kulturlandschaften der Metropolregion Hamburg präsentieren: das Obstanbaugebiet Altes Land, das Naherholungsgebiet Lüneburger Heide, die Vier- und Marschlande mit ihrer Blumen- und Gemüsezuucht, die Knicklandschaften Schleswig-Holsteins mit ihren weiten Raps- und Getreidefeldern und das Pinneberger Baumschulland mit seinen Rosenstöcken. igs-Chef Heiner

Baumgarten hob die Rolle der Kulturlandschaften im Gesamtkonzept der igs 2013 hervor: „Hamburg wird seit jeher stark geprägt durch die umgebenden Kulturlandschaften und ist wichtigster Absatzmarkt und Umschlagplatz für deren Produkte. Die Kulturlandschaften ihrerseits sind beliebte Naherholungsgebiete für die Hansestädter. Die igs 2013 hat den Prozess einer engen Verzahnung der Metropolregion angeregt. Die Kooperation soll sich auch nach der Gartenschau weiterentwickeln und als Netzwerk bestehen bleiben.“

In diesem Zusammenhang betonte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Hamburg Tourismus GmbH Dietrich von Albedyll, wie wichtig die igs 2013 als größtes touristisches Ereignis der Elbmetropole im kommenden Jahr für die touristische Weiterentwicklung der Metropolregion Hamburg ist: „Insbesondere die Gastronomie und Hotellerie werden von dem Großereignis profitieren.“ Berechnungen des Deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr zufolge gibt jeder Hamburger Tagesgast durchschnittlich 40 € und jeder Übernachtungsgast durchschnittlich 170 € aus. „Von den 2,5 Millionen erwarteten Gästen der Gartenschau werden erfahrungsgemäß mindestens jeder fünfte in Hamburg oder Umgebung übernachten – das sind 85 Millionen €, die allein für Kost und Logis in deren Kassen gespült werden“, so Hamburgs oberster Tourismuswerber von Albedyll. Er hofft, auch mit dem Rückenwind der erwarteten Besucherströme zur Gartenschau, im kommenden Jahr die Marke von 10 Millionen Übernachtungen zu knacken.

Auch für Baumschulen ist eine Gartenschau eine großartige Sache. Bernhard von Ehren, Geschäftsführer des Familienunternehmens in fünfter Generation Baumschule Lorenz von Ehren GmbH & Co. KG – eine der ältesten Baumschulen Europas, die seit fast 150 Jahren auf diesem Geschäftsfeld tätig ist – sagte: „Für uns als Hamburger Baumschule macht die unmittelbare räumliche Nähe zur igs 2013 einen besonderen Reiz aus. Es erfüllt mich mit Stolz, wenn die Besucher aus aller Welt zur Gartenschau nach Hamburg kommen und damit auch zu unseren Bäumen und Pflanzen, die in vielen der über 80 Gärten stehen.“

Anschließend stand das symbolische Richtfest für die Gartenschaubahn am Südbahnhof, einem von insgesamt drei Ein- und Ausstiegen auf dem Gelände, auf dem Zettel. Sie schwebt bis zu sechs Metern über der Erde, fährt 18 Kilometer schnell und transportiert im Ausstellungsjahr auf einem 3,4 Kilometer langen Rundkurs bis zu 2000 Gäste stündlich durch die Gartenwelten. Peter Amberg, Chef der Betreiberfirma Intamin Bahntechnik und Betriebsgesellschaft mbh, sagte: „Jetzt ernten wir erste Früchte der Planung. Es lässt sich gut erkennen, wie spannend und erlebnisreich die Fahrt mit der Monorailbahn sein wird – verschiedenste Perspektiven und Szenenwechsel im Einklang mit den Themen der Schau. Auch das Zugdesign korrespondiert mit den Ideen Jule Vernes. Alle acht Züge werden nach 171 Gartenschautagen zusammengenommen fast 145.000 Kilometer auf dem Gelände unterwegs gewesen sein, damit umgerechnet etwa dreieinhalb Mal die Erdkugel umrundet haben und das durch eine intelligente Streckenführung mit optimalem Antrieb und geringen Rollwiderständen enorm energieeffizient.“

Die **2. Station** führte, vorbei an zum Teil bereits fertig gestellten Gärten in der „Welt der Kontinente“ und der „Welt der Kulturen“ zum malerisch gelegenen Kuckucksteich. Hier entsteht unter Mitwirkung von Kindern, Jugendlichen und Lehrern zweier Wilhelmsburger Schulen und mit fachlicher Anleitung des Berliner Landschaftsarchitekturbüros „atelier le balto“ einer von zwei Gemeinschaftsgärten auf der igs 2013. Der Garten „Sit Down“ lädt zum Sitzen und damit auch zur Kommunikation ein. „So wird eine aktive Form des interkulturellen Dialogs auf den Weg gebracht“, sagte Ulrike Müller, Projektkoordinatorin Bildung auf der igs 2013. Mit Blick auf die Internationalität der Elbinsel-Bewohner mit ihrem überdurchschnittlich hohen Anteil an unter 18-Jährigen von über 22 Prozent ergänzte sie: Die Bevölkerungsstruktur trägt eine außergewöhnliche kulturelle Vielfalt in sich. Jeder, ob klein, groß, jung, alt, Frau oder Mann lernt aus den Erfahrungen und Lebensweisen des anderen. So können Verständnis und Akzeptanz für verschiedene Lebensformen, Sichtweisen und Kulturen untereinander wachsen.“

Seit Jahren nutzen die Inselbewohner die Wiesen und Wasserlandschaften rund um den Kuckucksteich als Grill- und Spielplatz. Was bislang fehlte: ein Kiosk mit sanitären Anlagen. Der wird jetzt gebaut – so, wie ihn sich die späteren Gäste und Nutzer wünschen. igs-Chef Heiner Baumgarten: „Unter Beteiligung von rund 30 Wilhelmsburgern unterschiedlicher Herkunft wurde entschieden, wie der Kiosk aussehen und was dort verkauft werden soll. Herausgekommen ist ein Pavillon mit überdachter Terrasse, der mit Blick auf den Kuckucksteich zum Klönen, Spielen und Speisen einlädt – ein Kiosk der Kulturen.“

Die igs 2013 gestaltet einen Park mit dauerhaften attraktiven Spiel-, Sport- und Bewegungsangeboten für Jung und Alt. Beim Fußmarsch durch Beispielgärten der „Welt der Bewegung“ zur **3. Station** informierten igs-Chef Heiner Baumgarten und igs-Sportkoordinatorin Beate Wagner-Hauthal über das innovative ParkSport-Konzept während und nach der Gartenschau: „Wir setzen damit einen Impuls für Aktivitäten und Erholung im Park. Dieser Weg soll Nachahmer finden“, so Sportwissenschaftlerin Beate Wagner-Hauthal. Heiner Baumgarten sagte: „Seinen besonderen gesellschaftspolitischen Wert erhält das Konzept durch die aktive Einbindung gemeinnütziger Sportvereine. Deren Bewegungskompetenz und Beitrag zum sozialen Leben werden attraktiv kombiniert und im öffentlichen Stadtraum sichtbar gemacht.“

In der Blumenhalle begrüßte Hamburgs Klappmaul-Komiker Werner Momsen, unterlegt von Café-Musik mit dem Trio Macchiato, in seiner typischen Art die Journalistengruppe und übernahm die Co-Moderation für diese Info-Runde. Er hatte jede Menge zu tun: Zunächst zeigte igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten auf, wie die internationale Gartenschau Hamburg bei den Gästen punkten möchte: Das touristische Großereignis auf Europas größter bewohnter Flussinsel Hamburg-Wilhelmsburg nimmt seine Besucher mit auf eine kurzweilige Weltreise durch sieben Erlebniswelten voller internationaler und regionaler Bezüge, Klima- und Vegetationszonen dieser Erde. 80 fantasievoll von renommierten nationalen und internationalen Landschaftsplanern und Gartenarchitekten gestaltete Gärten erzählen von Fernweh und Reisefieber, fremden Sprachen und Gebräuchen, exotischen Pflanzen und Gewürzen. Sie spiegeln in ihrer bunten Vielfalt auch die Interkulturalität und

Internationalität Hamburgs und des ausstellenden Viertels wider. Das 100 Hektar große Stück Paradies inmitten großstädtischer Geschäftigkeit ist mit der S-Bahn in nur acht Minuten vom Hamburger Hauptbahnhof zu erreichen und kann maritim auch von den Hamburger Landungsbrücken per Barkasse angesteuert werden. Die igs 2013 erfüllt nicht nur Blütenträume. Der barrierefreie Wilhelmsburger Inselpark wird für die ganze Familie einen Sommer lang zur Freilichtbühne für kleine und große Konzerte, Kulturveranstaltungen und Mitmachaktionen, zum Sportparadies für Bewegungshungrige, zur Wohlfühloase für Kurzurlauber und gestresste Großstädter, zu einer ersten Adresse für Freunde heimischer und internationaler Küchen. Die Flussinsel-Gartenschau, erste internationale Gartenschau an Elbe und Alster nach 40 Jahren, wird auch zum großen Forschungslabor: Mit weit über 2.500 Bildungsangeboten werden Kinder, Schüler und Erwachsene für grüne Themen begeistert.

Ein Tagesticket kostet 21 €, die Abendkarte – ab 18:00 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit – 9 €, eine Dauerkarte für alle 171 Tage 110 €. Dauerkarten können auch bequem von zuhause aus über www.igs-hamburg.de/webshop bestellt werden. Alle Informationen rund um die Dauerkarte sind unter www.igs-hamburg.de/vorverkauf zu finden.

igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten nutzte die Gelegenheit und ernannte Werner Momsen zum „Botschafter der Gartenschau“. Damit gehört der Klappmaul-Komiker zum Team von mehr als einem Dutzend Hamburger Persönlichkeiten, die mit ihrem Gesicht für einen Gartenschau-Besuch werben. Der Kreis der Mitmacher ist so bunt wie die Gartenschau selbst: Es sind Sportler und Regisseure, Bischöfe und Klimaforscher, Intendanten, Unternehmer, Wissenschaftler, Ex-Politiker.

Danach erläuterte Renate Behrmann, Ausstellungsbevollmächtigte der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) das Blumenhallen-Konzept. Nach Plänen des Berliner Büros für Freiraumplanung und Projektsteuerung, sinai, entsteht eine ozeanische Szenerie, u.a. mit Promenade, Sitzbänken, Pflanzflächen, Aquarien, Veranstaltungs- und Informationsbereichen und maritimen Ausstellungsobjekten. Eine grüne Insel bildet dabei die Hauptkulisse. Renate Behrmann: „Unsere Gärten und Gewächshäuser sind voll mit Pflanzen aus aller Welt. Die meisten Menschen haben keine Vorstellung davon, wie viele vertraute Arten fremdländischer Herkunft sind. Wie sind sie zu uns gekommen, wann und woher? Unsere Blumenhallen sollen zum Nachdenken über das Fremde und Vertraute in unserer Welt anregen. Die ozeanische Szenerie bietet hervorragende Bedingungen für eine atmosphärische Präsentation der ausgestellten Pflanzen.“

Und was geschieht nach der igs 2013 mit der Blumenhalle? Dann geht dort ein attraktives Projekt rund um den Basketball an den Start – die „InselAkademie“. Ihr sportliches Konzept vereint vielfältige Angebote unter einem Dach und lädt ein zu offenen Sporttreffs und sportpädagogischen Projekten, bietet vereinsgebundenen Basketball-Breitensport bis zum Leistungssport an. Träger der „InselAkademie“ ist auch ihr Ideengeber: der 2006 unter anderem von dem Wilhelmsburger Ex-Basketballprofi und Nationalspieler Marvin Willoughby gegründeten Verein „Sport ohne Grenzen“ e. V. Die namhafte Hamburger Benno und Inge Behrens-Stiftung unterstützt ihn dabei. Ihr Vize-Geschäftsführer Jochen

Franzke zur Triebfeder des Engagements: „Wir werden hier einen starken Standort für den Basketballsport in Hamburg und für die Jugendlichen im Stadtteil schaffen.“

Die Rolle von Gartenschauen für Stadtentwicklung verdeutlichte Jochen Sandner, Geschäftsführer der Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG): „Gartenschauen stoßen integrierte Stadt- und Regionalentwicklungsprozesse an. Wir schaffen und erneuern nicht nur die grüne Infrastruktur einer Stadt, sondern auch deren Verkehrsinfrastruktur, das Wohnen, Sport- und Kulturbauten. All das funktioniert nur in Partizipationsvorgängen. Dafür bringen wir die Bürger, die Politiker, die Wirtschaft und die Kultur an einen Tisch. So erreichen wir auch die Bündelung von öffentlichen und privaten Investitionsmaßnahmen. Und im Vorhinein entwickeln wir mit allen Beteiligten tragfähige Dauernutzungskonzepte, so wie hier bei der igs mit dem späteren Sportpark.“ Thomas Beyer, Hamburgs Sportamtsleiter, freut sich, dass im Wilhelmsburger Inselpark ein dauerhaftes und abwechslungsreiches Sportparadies unter dem Label „ParkSport“ für Bewegungshungrige und Sportskanonen entsteht: „Die Initiative der igs 2013 für die aktive Nutzung der innerstädtischen Grünräume passt genau in die Zeit und die ‚Dekadenstrategie Sport‘ der Stadt Hamburg. Wir wollen uns in den nächsten Jahren auch bei der Nutzung der Parks und Grünflächen aktiv, gesund und bewegt aufstellen. Als Millionenstadt eine lohnende Aufgabe, von der Gartenschau in Wilhelmsburg zu lernen und die besten Ideen im Rahmen der Stadtteilentwicklung zu übertragen.“

Wälderhaus und Kletterhalle stehen beispielhaft für weitere von privaten Investoren initiierte Projekte im Wilhelmsburger Inselpark. Der stellvertretende Geschäftsführer der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V., Jan Muntendorf, sagte: „Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald begrüßt die Integration bestehender Sonderbiotope aus kleinteiligen Wald- und Gewässerstrukturen und die Förderung des regionalen Gedankens über die ‚Lebendigen Kulturlandschaften‘. So wird der Gedanke der Nachhaltigkeit für die Besucher erlebbar.“

Anschließend stand die **4. Station** in der „Welt der Religionen“ auf dem Tourenzettel. Fünf Glaubensrichtungen, fünf Gärten, ein gemeinsamer Brunnen als Zeichen von Respekt und Toleranz: Hier am Westeingang zur Gartenschau präsentieren sich Christen, Muslime, Hindus, Buddhisten und Juden in einem Gartenensemble. „Das hat es bislang noch nicht gegeben. Seit vier Jahren planen wir mit Vertreterinnen und Vertretern der anderen Religionen intensiv und gemeinsam diesen zentralen Bereich“, sagte Pastorin Corinna Peters-Leimbach, igs-Beauftragte der Evangelischen Nordkirche. Herausgekommen ist ein spiritueller Ort mit einer besonderen Atmosphäre: „Ich bin mir sicher“, so Claus Everdiking, igs-Beauftragter des Erzbistums Hamburg, „dass dieser sich zu einem religiösen Lernort entwickeln wird – ein wunderbarer Mehrwert dieser Gartenschau.“

Claus Kriegs, bei der igs 2013 zuständig für Prozesssteuerung und Bürgerbeteiligung, sagte zum Planungsprozess und zur Konzeptentwicklung: „Wir haben uns für die Form der ‚aufsuchenden Beteiligung‘ entschieden, deren Merkmal es ist, nicht allein zu Beteiligungsforen und anlassbezogenen Gesprächsrunden einzuladen, sondern dass darüber hinaus Veranstaltungen der verschiedenen Gruppen besucht werden, um mit ihnen gemeinsam Wünsche, Ideen und Konzepte für den neuen Park

zu entwickeln. Mitreden, Mitplanen und Mitgestalten sind wichtige Erfolgsfaktoren des Projekts“. Wofür die gesamte Gartenschau ein gutes Beispiel ist.

Im Wilhelmsburger Wasserwerk, der **5. Station** des Rundkurses, gab es anschließend neben Abschlussstatements und Vertiefungsgesprächen einen leckeren kulinarischen Ausklang.

Alle Downloads unter:

www.igs-hamburg.de/presse/infotag-der-medien/pressepaket-tag-der-medien/

Rückfragen an:

Michael Langenstein, Andrea Ubben, Kerstin Feddersen, Mirjam Bantle

Tel. +49(0)40-226 31 98 -401/-402/-400

presse@igs-hamburg.de

13.09.2012/igs13

Jinzhou trifft Wilhelmsburg

Chinesische Delegation besucht igs 2013

Hamburg, 13. September 2012 – Eine 10-köpfige Delegation aus China hat heute die internationale gartenschau hamburg 2013 besucht und sich für ein großes chinesisches Projekt inspirieren lassen: Die „2013 World Landscape Art Exposition Jinzhou China“ – eine chinesische Gartenschau mit gigantischen Ausmaßen. Auf 700 Hektar wird dort eine Weltausstellung der Landschaftsarchitekten entstehen.

Es war ein bisschen wie David trifft Goliath, als igs 2013 Geschäftsführer Heiner Baumgarten die chinesische Delegation im igs-Zentrum empfing. 100 Hektar treffen 700 Hektar. Und dann war es doch das gemeinsame Thema, das die Gäste mit den Gastgebern verband. Die Organisatoren der Gartenschau in Jinzhou waren gekommen, um von den Erfahrungen der Hamburger Gartenschau zu lernen.

Besonderes Interesse hatten die Teilnehmer an den Themen Beteiligung und Nachnutzung des Parks. Sicherlich nicht zufällig zwei Themen, bei denen die igs 2013 eine Vorreiterrolle unter den Gartenschauen einnimmt. Auch die Planung und Umsetzung des kulturellen Programms war ein wichtiger Punkt für die Gäste.

Anders als in Deutschland hat das Thema Gartenschau in China noch keine lange Geschichte. Die Tradition ist dort eher eine künstlerische Gestaltung von Gärten. Highlight des Besuchs war sicherlich der anschließende Rundgang über das igs-Gelände, bei dem man heute schon erahnen kann, welche Pracht die Besucher im kommenden Jahr erwartet.

Die Delegationsteilnehmer sprachen sich für einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch mit Hamburg aus. So endete der Besuch natürlich auch mit einer Einladung durch Heiner Baumgarten, die Elbinsel zwischen dem 26. April und 13. Oktober 2013 erneut zu besuchen.

Fotos vom Besuch der chinesischen Delegation unter

www.igs-hamburg.de/aktuelle-pressefotos

Rückfragen an:

Andrea Ubben, Michael Langenstein, Kerstin Feddersen, Mirjam Bantle

Tel. +49(0)40-226 31 98 -402/-401/-400

presse@igs-hamburg.de